

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

97 (26.4.1932)



# Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10-spaltige Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-  
ansichten und Stellungsblätter 6 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-  
zeile 60 Pfennig. Die Werbungsblätter nach Tarif. Bei Nichtzahlung des  
Lohnes wird die gestattete Verbreitung und bei Fortfall außer Kraft tritt. Gedruckt  
bei der Reichsdruckerei, Berlin. Die Reichsdruckerei, Berlin. Die Reichsdruckerei, Berlin.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 20,64 Mark. Einmalige Lieferung  
1,90 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Ge-  
druckt 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle  
und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstfreund-Verlag  
Durlach, Hauptstr. 9. B.-Baden, Telegraphenstr. 12. Rastatt, Kaiserstr. 2. Offenburg, Republikstr. 9.

Nummer 97

Karlsruhe, Dienstag, den 26. April 1932

52. Jahrgang

## Preußenwahlen im Pressespiegel

Das Ziel der Rechtsopposition nicht erreicht

Die Germania (das Hauptorgan des Zentrums) sagt zu der  
Preußenwahl:  
„Die Nationalsozialisten wollten bekanntlich in Preußen für  
sich allein die Macht erobern. Ergebnis: An dieser Zahl fehlt  
ihnen die runde Summe von 50 Mandaten. Herr Hugenberg sei-  
nerseits gab sich der lauten Hoffnung hin, daß die nationalsozialistische  
Masse in Verbindung mit den deutschnationalen Köpfen zum Er-  
werb der Macht stark genug sein werde. Ergebnis: Auch hier feh-  
len rund 20 Mandate. Wieder andere, voran die Deutsche Allge-  
meine Zeitung verkündeten das Ziel, daß die Parteien rechts des  
Zentrums insgesamt die Mehrheit gewinnen müßten. Ergebnis:  
Selbst diese bescheidene Erwartung bleibt mit den  
Rückständen von einigen Mandaten unerfüllt. Der von der Rechten  
erwartete und zuversichtlich erwartete Erfolg wurde also in keiner  
Form erreicht.“

Die Ausschaltung des Zentrums, auf die es ihnen vor allem an-  
kam, ist nicht gelungen. Das Zentrum hat den gewaltigen Kampf  
nicht nur unerschütterlich überstanden, sondern seinen prozentualen  
Bestand trotz des durch die Erhöhung des Wahlquotienten be-  
dingten Verlustes von Mandaten voll behauptet. Es ist auch in  
dem neuen Landtag ein Machtfaktor, der in allen poli-  
tischen Fragen als wichtigste Größe eingestuft werden  
müßte. Der große Sturmangriff, der die Opposition in den aus-  
sichtsreichsten Momenten der preussischen Staatsmacht bringen sollte, ist  
also klar und sicher abgeblieben, wenn er diesem Ziel auch näher  
kam, als allgemein erwartet wurde. Das ist das wichtigste Ergeb-  
nis der Entscheidung.“

Die Zentrumspartei, der die Wahl eine erhöhte Verantwortung  
und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen hat,  
wird auch in dem neuen Landtag der sichere Garant einer sach-  
lichen, ordentlichen und verfassungsmäßigen Staatsfüh-  
rung sein. Sie würde sich selbst auflösen und den Staat auf das  
höchste gefährden, wenn sie diese wichtigsten Grundzüge ihrer poli-  
tischen Arbeit und Ueberzeugung verlassen würde!

Hugenberg's Vorkommnisse wittert bereits Morgenluft. Er be-  
wehrt sich auch, daß sein Herr und Meister eventuell nicht bei der Par-  
tei ist. Das Blatt schreibt:

„Zweifellos gibt es in den Reihen des Zentrums Leute, die be-  
reits an eine preussische Zweierregierung des Zentrums zusammen  
mit den Nationalsozialisten denken. Der Weg der Sache wäre die  
Ausschaltung der deutschnationalen. Zahlmäßig wäre das Spiel  
erstrebbar. Auch würden die Zentrumswähler sich wohl auch das  
schließen lassen.“

Von der gleichen Seite wie das Hugenberg-Organ ist die von  
der Schwer- und Schiffbauindustrie inszenierte Deutsche All-  
gemeine Zeitung erfüllt. Sie propagiert eine Rechtsregie-  
rung, an der Hugenberg und Genossen unter allen Umständen  
beteiligt sein müßten. „Es wäre“, so schreibt das Blatt, „ein  
allseitiges Ereignis in der deutschen Geschichte, wenn die große  
Rechtskoalition verwirklicht werden könnte. Neben der alte Dämme  
überflutenden nationalen Erneuerungsbewegung mit ihrem gewal-  
tigen Ueberhang an Eifer und jugendlicher Begeisterungsfähigkeit,  
würde in ihr die bewährte politische Erfahrung der deutschnatio-  
nalen Partei und des Zentrums stehen. Die deutschnationalen  
hätten auch in dem neuen Landtag einige Persönlichkeiten ersten  
Ranges entsandt, die selbst auf der Linken höchste Werkzeuge  
sind. Nichts spricht vom staatspolitischen Standpunkt aus  
gegen den Versuch einer solchen Mehrheitsbildung.“

Die deutschnationale Deutsche Tageszeitung stellt offenherzig fest,  
daß die Rechte am Sonntag ihr Ziel nicht erreicht  
hat. Sie schreibt: „Eines ist als Gesamtergebnis vorweg festzu-  
stellen: Die Preußenwahl ist unter jeder Betrachtung mit negati-  
ven Vorzeichen verlaufen. Das Ziel der Rechten, — diese  
im weitesten Sinne genommen — 51 Prozent der Mandate  
im neuen Landtag zu erkämpfen, ist nicht erreicht.“

Rechtlich ähneln sich das Organ der Christlichen Gewerkschaften,  
der Deutsche: Die Preußenwahl sollte „die Entscheidung“  
bringen, die Entscheidung um die Macht. Nicht nur  
um die Macht in Preußen, auch um die Macht im  
Reich. Das war die Parole der Rechtsopposition einschließlich der  
bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum. Und darum ging  
der ganze Kampf. Alles andere trat demgegenüber in den  
Hintergrund. Die Rechtsopposition hat dieses Ziel nicht er-  
reicht: Eine Mehrheit der Parteien rechts vom Zentrum. Aller-  
dings ist es ihr gelungen, die Grundlage der bisherigen preussischen  
Regierung, die Weimarer Koalition zu beseitigen.

Das Berliner Tageblatt ist ebenfalls der Meinung, daß es in dem  
Kampf um Preußen keine Sieger gibt: „Auch nicht bei den Fein-  
den des Staates, die in diesem Kampf zogen, um in den 5 neu zu  
wählenden Landesparlamenten die Mehrheit zu erobern und von  
den Wählern aus das Reich zu führen. In einem einzigen Lande,  
dem kleinsten, konnten nicht die Nationalsozialisten allein, sondern  
nur die vereinte „Nationale Opposition“ — Nationalsozialisten,  
deutschnationale, Deutsche Volkspartei — eine knappe Mehrheit  
erzielen. In den vier anderen Ländern wurde der Angriff abge-  
schlagen. Nicht in Preußen, nicht in Hamburg, nicht in Bayern  
und nicht in Württemberg feierte die Rechte. Von der absoluten  
Mehrheit, die zu erlangen ihr Kampfziel war, trennt sie in Preußen  
die Differenz von 11, in Bayern von 18, in Württemberg von 14,  
in Hamburg von 17 Mandaten. Der Damm, der die Vereinten  
„Systemfeinde“ Hitler und seine getreue Gefolgschaft von der

Meinheitspartei trennt, hielt stand und ihren Ansturm auf die  
Länder und über die Länder auf das Reich ist ab-  
geschlagen. Das ist auch zweifellos das wichtigste positive Er-  
gebnis der Wahl, an dem kein Siegesjubel auf der Rechten etwas  
zu ändern vermag. Es wird nicht leicht sein, mit einem arbeits-  
unfähigen Parlament zu arbeiten und es ist wahrscheinlich, daß unter  
Ausschaltung des Parlaments regiert werden muß. Aber es ist kein  
Grund vorhanden, aus dem Ergebnis des 24. April falsche und ge-  
fährliche Konsequenzen zu ziehen. Festzuhalten und den staatlichen  
Apparat des größten deutschen Landes nicht preiszugeben, das ist  
die wichtigste und entscheidende Folgerung aus dem Wahltage.

## Nach den Bayernwahlen

Bayerische Volkspartei fordert: Bayerisches Staatsprogramm  
Deutschland wird Bayern und den Süden noch brauchen

SP. München, 25. April. (Eig. Draht.) Das Ergebnis der  
Bayernwahlen war vom Landesleiter bis Montagabend  
noch nicht endgültig festgestellt. Immerhin wird sich an der provin-  
ziell errechneten Zusammensetzung des neuen Landtags kaum  
noch etwas ändern. Da bei der Sitzverteilung eine ein-  
sichtige Stimme den Ausschlag geben kann, lassen sich bisher  
noch keine sicheren Aussagen über alle gewählten Abgeordneten  
machen. So viel ist aber sicher, daß die große Mehrheit des neuen  
Landtages aus bisherigen Abgeordneten besteht. Nur bei den  
Nazis sieben, entsprechend ihrer Steigerung von 10 auf 43 Man-  
date, viel neue Leute in den Landtag ein. Es ist außerordentlich  
bedeutsam, daß sich unter den 43 Mitgliedern dieser „Arbeiter-  
partei“ Fraktion nur ein einziger Handwerker befindet. Das Ge-  
samtstimmverhältnis auf 19 Beamten, darunter 7 Lehrern, ferner  
aus 9 Landwirten, 6 kaufmännischen Angestellten und 3 Ärzten.

Die große politische Frage ist auch in Bayern die Regierungs-  
bildung. Den Schlüssel dazu hat, wie mit Sicherheit vorauszu-  
sehen war, allein die Bayerische Volkspartei in der Hand, wozu sie ihn  
verwenden wird, liegt noch völlig im Dunkeln. Die parteioffiziöse  
Korrespondenz erweist darüber folgendes:  
„Der Ausgang der Wahl in Preußen ermahnt Bayern, auf die  
Sammlung aller seiner gesunden bayerischen Kräfte bedacht zu  
sein, denn es können sehr bald

Zeiten kommen, wo Deutschland Bayern und den ganzen  
Süden sehr notwendig brauchen kann, wenn kein Unglück  
in Deutschland und mit Deutschland geschehen soll.“

Es kommt alles darauf an, daß in Bayern eine Regierung zustande  
kommt, die befähigt und willens ist, den bayerischen Staat nach  
den Grundzügen zu regieren, die sich aus dem Wesen und aus der  
unveränderlichen deutschen Aufgabe dieses bayerischen Staates er-  
geben. Das Problem einer Mehrheitsbildung in Bayern unter

## Der Ueberfall auf Wels

Die Täter in Haft

Köln, 25. April. (Eig. Draht.) Die nationalsozialistischen  
Kadetten, die in der Nacht vom Freitag zum Samstag den Führer  
der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und den Kölner  
Polizeipräsidenten Dr. Baunack in der Rheinmetropole über-  
fielen und mißhandelten, bleiben auf Anordnung des Unter-  
suchungsrichters vorläufig weiter in Haft. Unter den Häftlingen be-  
findet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete  
Lev, der sich inzwischen übrigens von seinem Alkoholkonsum wie-  
der erholt hat.

Otto Wels muß auf Anordnung der Ärzte bis auf weiteres  
das Bett hüten.

## Brünnings Rückkehr von Genf

Berlin, 25. April. (Eig. Draht.) Der Reichskanzler fährt am  
Donnerstag von Genf nach Berlin zurück.

Mitwirkung der Volkspartei hängt davon ab, ob und wie stark noch  
andere Parteien willens und befähigt sind, sich vorbehaltlos ohne  
parteipolitische Hintergedanken und absolut ehrlich und zuverlässig  
auf den Boden eines bayerischen Staatsprogramms zu stellen.  
Diese Klärung herbeizuführen wird die nächste und erste Aufgabe  
sein, die in Bayern zu leisten ist. Wir denken dabei nicht an lang-  
atmige Koalitionsprogramme, sondern an die Herstellung einer  
gemeinsamen Vertrauensbasis für den Mann, der in Zukunft als  
verantwortlicher Regierungsmann die Geschicke unseres Bayern-  
landes lenken soll.“

Mit der letzteren Bemerkung soll offenbar angedeutet werden,  
daß die Bayerische Volkspartei entschlossen ist, die Bildung der  
neuen Regierung nicht mehr dem bisherigen Ministerpräsidenten  
Dr. Feld, sondern dem Parteivorsitzenden und jetzigen Leiter des  
Finanzministeriums Staatsrat Schäffer anzuvertrauen. Dr. Feld  
hat während des Wahlkampfes wiederholt Andeutungen in der  
gleichen Richtung gemacht.

Im Gegensatz zu den zurückhaltenden Äußerungen der Bayeri-  
schen Volkspartei-Korrespondenz hält das führende Organ  
der Partei, der Bayerische Kurier, die Kammsstellung gegen die  
Nationalsozialisten auch nach der Wahl mit aller Schärfe aufrecht.  
Das Blatt schreibt:

„Das katholische Bayern hat sich eindeutig gegen den National-  
sozialismus, gegen seine Weltanschauung und gegen seine Re-  
aktionsmethoden entschieden, und es ließe den Sinn der Wahl  
verfälschen, wenn man andere Folgerungen aus dem Ergebnis  
ziehen wollte. Die Bayerische Volkspartei hat sich als der feste  
und unüberwindbare Damm gegen die nationalsozialistische  
Springflut erwiesen und an dieser Mauer wird der Hitlerische Re-  
volutionsgeist sich brechen. Die Bayerische Volkspartei und das  
katholische gesinnete Volk werden, wenn es sich selbst treu bleibt,  
mit der Hitlererei fertig werden.“

## Schwäbische Wahlen

Schwache Wahlbeteiligung — Großer Teil der erwerbslosen Arbeiter haben verlagt

SP. Stuttgart, 25. April. (Eig. Meldung.) Auch in der Zu-  
sammensetzung des württembergischen Landtags kommt jetzt die  
veränderte Parteienentwicklung zum Ausdruck, die sich neuerdings  
in ganz Deutschland vollzogen hat. Die Nationalsozialisten, die bei  
den Wahlen von 1928 nur ein Mandat haben erlangen können, sie-  
hen jetzt 23 Mann stark in den Landtag ein. Immerhin sind sie  
um 34450 hinter den Adolf Hitler im ersten Wahlgang der  
Reichspräsidentenwahl erzielten Stimmen zurückgeblieben. Ihren  
Mandatszuwachs holten sie im weitestlichen auf Kosten des Bauern-  
bundes, der 6 Sitze verlor, der Deutschen Volkspartei, die ihre  
bisher innegehabten 4 Mandate reiflos einbüßte und somit ganz  
von der parlamentarischen Landpartei verdrängt, von den Demo-  
kraten, die 4 Mandate, die Hälfte ihres früheren Besitztandes ver-  
lor und von den deutschnationalen und der Volkspartei, die je  
ein Mandat preisgeben mußten.

Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß auch die Sozial-  
demokratie eine Verlustliste von 7 Mandaten zu verzeichnen hat  
Ihre Stimmzahl ist gegen die letzte Landtagswahl um 60505  
und gegen die letzte Reichstagswahl um 74148 geringer geworden.  
In Anbetracht der unruhigen Wirtschaftslage und ihrer Wir-  
kungen auf die politischen Stimmungen in der von der Krise am  
stärksten betroffenen Arbeiterklasse hatte man in der Partei auch  
mit einem Verlust gerechnet, wenn auch vielleicht nicht ganz in  
dem jetzt eingetretenen Ausmaß.

Für die Beurteilung der Gründe, auf denen diese Verluste be-  
ruhen, ist wohl der Hinweis von erheblicher Bedeutung,  
daß gerade

in den industriell stark entwickelten Kreisen die Wahl-  
beteiligung, die ja überhaupt schwach war, und im ganzen  
Land nur 70,7 Prozent betrug, erheblich hinter diesem  
Durchschnitt zurückgeblieben ist.

So betrug sie im Kreise Neuenbürg nur 58 Prozent, in Balingen  
knapp 57 Prozent, in Ludwigsburg 66 Prozent usw., was auf eine  
große politische Abgestumptheit innerhalb der unter der Erwerbs-  
losigkeit und Ausarbeit leidenden Arbeiterklasse schließen läßt.  
Das Nachlassen der Wahlbeteiligung und die damit verbundenen  
Stimmverluste in diesen Kreisen mußten sich selbstverständlich zum  
Nutzen der Gegner der Sozialdemokratie auswirken. Auch die  
Kommunisten haben, obwohl ihre Stimmen um 26219 hinter den  
Thälmannstimmen im ersten Reichspräsidentenwahlgang zurück-  
geblieben, aus dieser Lage den Gewinn eines weiteren Mandats er-  
zielen können.

Welchen Einfluß die veränderte Zusammensetzung des Land-  
tags auf die Konstellation der Parteien und die Regierungsbil-  
dung haben wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Die  
bisher die Regierung tragenden Parteien, Zentrum, Bauernbund,  
deutschnationale und Demokraten verfügen nur noch über 33,  
wenn man ihnen den Christlichen Volksdienst zurechnet, über 36  
Mandate. Die beiden radikalen Flügelparteien verfügen zusam-  
men über 30 Mandate. Dazwischen steht die Sozialdemokratie mit  
ihren 14 Mandaten, die in der Lage sind, die Beschlüsse über den  
zukünftigen Kurs der Landespolitik stark zu beeinflussen. Es wäre  
indessen sehr mühsam, sich in Kombinationen hierüber zu ergehen.  
Die neugewählten Fraktionen werden erst einmal zusammentreten  
und mit einander in Fühlung treten müssen.



# Was nun?

## Die Möglichkeiten in Preußen - Die Entscheidung liegt beim Zentrum

Aus unserem Berliner SP-Büro wird uns gedruckt:

Die Dinge in Deutschland sind nach dem Wahlsonntag vom 24. April noch verworrener als zuvor. Es ist zwar eine Vereinfachung im Parteiensystem eingetreten, denn aus der Vielfalt politischer Parteien und aus der Zahl der Splitter, die dem preußischen Stimmzettel eine geradezu phantastische Länge verliehen haben, haben sich lediglich fünf große Parteien herausgehoben, die als politischer Machtfaktor in Betracht kommen: Sozialdemokratie, Nationalsozialisten, Zentrum, Kommunisten und Deutschnationale.

Die Position der Sozialdemokratie und ihre Stärke hat eine grundlegende Veränderung nicht erfahren, wenn auch aus durchsichtigen Gründen die Presse der Rechten mit lautem Geschrei die Behauptung aufstellt, daß die Sozialdemokratische Partei ein Viertel ihres Bestandes verloren habe. Diese Behauptung ist nur möglich mit Hilfe eines kleinen Taschenrechnerkalküls, indem man die Veränderung der Wahlquotienten von 40 000 auf 50 000 in Preußen unberücksichtigt läßt. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie in Preußen gegenüber der letzten Reichstagswahl nur etwa 6,7 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während beispielsweise die Kommunisten 10 Prozent verloren haben, von den Deutschnationalen und der bürgerlichen Mitte gar nicht zu reden. Daß der Taschenrechner versucht wird, zeigt, wie sehr man auf der Rechten enttäuscht ist darüber, daß die Sozialdemokratische Partei dem Ansturm standgehalten hat.

Wenn aber auch das Parteiensystem einfacher geworden ist, so sind dafür die Regierungsverhältnisse umso komplizierter geworden. Die Position der Regierungsparteien im Reich war durch den Bestand der bisherigen preußischen Regierung untermauert. Diese Grundlage ist jetzt nicht mehr vorhanden, vielmehr sind in Preußen ähnliche Verhältnisse wie in Sachsen und Hessen eingetreten, nur mit dem Unterschied, daß die Lage in Preußen viel ernster ist, da Preußen eben drei Fünftel des Reichs darstellt.

Man muß deshalb die Dinge in Preußen, wie sie sich nach der Wahl gestaltet haben, nüchtern ins Auge fassen. Von 422 Mandaten hat die Rechte 203. Davon besitzen die Nationalsozialisten allein 162. Die bisherige Regierungskoalition hat 162 Mandate. Die Kommunisten haben 57 Mandate. Gegen eine Regierungsbildung der Rechten allein können demnach 219 Mandate. Daraus ergibt sich, daß eine Regierung der Rechten allein nicht möglich ist. Es müßte denn sein, daß die Kommunisten diese Rechtsregierung ermöglichen wollten, was nicht anzunehmen ist, angesichts der Betroffenheit, die sich im kommunistischen Lager über den Wahlausgang zeigt. Eine parlamentarische Regierung der bisherigen Koalition ist ebenfalls nicht möglich; sie ist weit in die Minderheit versetzt worden.

Es bliebe zunächst der Ausweg, daß angesichts der Unmöglichkeit, im preußischen Landtag eine Mehrheit für einen Ministerpräsidenten zusammen zu bekommen, die bisherige Regierung nach dem Beispiel der Regierungen von Sachsen und Hessen die Geschäfte weiterführt, vielleicht gestützt vom Reich her. Demgegenüber kündigt die Rechte jetzt schon vorzugsweise Anträge auf Auflösung des Landtags an, wobei sie damit rechnet, daß für sie solche Anträge die Unterstützung der Kommunisten finden könnte.

Eine weitere Eventualität ist, daß die Rechte verliert, im Landtag mit ihrer relativen Mehrheit einen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen. Zu diesem Zweck müßte vorher die Veränderung der Geschäftsordnung rückgängig gemacht werden, die die absolute Mehrheit für die Wahl des Ministerpräsidenten vorsieht.

Diese Rückgängigmachung wäre nur möglich mit Hilfe der Kommunisten. Es müßten dann also die Kommunisten gemeinsam mit der Rechten die Möglichkeit zur Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten schaffen, um dann hinterher gemeinsam mit der Linken ihn sofort zu kürzen mit dem Effekt, daß die Rechtsregierung als geschäftsführende Regierung bliebe.

Schließlich besteht die Möglichkeit, daß das Zentrum sich zu einer Koalition mit den Nationalsozialisten entschließt. Beide Parteien haben mit 229 Mandaten eine absolute Mehrheit. Die Lage in Preußen ist ähnlich wie in Hessen nach der letzten Landtagswahl. Damals hat das Zentrum seine Koalitionsbereitschaft erklärt, nach längeren Verhandlungsversuchen hat sich die Unmöglichkeit einer solchen Koalition herausgestellt. Sowohl von nationalsozialistischer Seite wie auch vom Zentrum sind am Montag, wenn auch zunächst noch unverbindliche Erklärungen abgegeben worden, die die Bahn zu solchen Verhandlungen freimachen sollen. Dabei weist das Zentrum jetzt schon auf gewisse Voraussetzungen hin. Es wird erklärt, daß das Zentrum sich als Garant einer verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen betrachte und daß es abwarten könne, ob die Nationalsozialisten ihre Bereitwilligkeit offiziell er-

klären würden, mit an der Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen zu arbeiten.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn die Sozialdemokratie in die Opposition geht, während Zentrum und Nationalsozialisten gemeinsam eine Regierung bilden, auch die Dinge im Reich nicht unberührt bleiben können. Schon jetzt stellt die nationalsozialistische Presse die Frage an den Reichskanzler, ob er glaube, daß er beim Zusammentritt des Reichstags Anfangs Mai noch eine Mehrheit hinter sich haben werden.

Das preußische Kabinett tritt am Dienstag zu einer Besprechung der nach den Wahlen geschaffenen Lage zusammen. Es ist nötig, daß man sich nicht nur die Möglichkeiten eines Regierungswechsels in Preußen vor Augen hält, sondern nunmehr auch die wichtigsten außenpolitischen Verhandlungen und neuen Erörterungen der finanziellen Situation in Reich, Ländern und Gemeinden in Gang kommen werden, denn nach den Wahlen ist die Zeit der Versprechungen ins Blaue hinein und das Erwecken von Illusionen vorüber und der Ernst des Lebens beginnt für die Parteien, die bisher in gewissenloster und unverantwortlicher Agitation den Wählern blauen Dunst vorgemacht haben.

SP, Berlin, 25. April. (Eig. Draht.) Die politischen Konsequenzen, die sich schließlich aus dem Ausgang der Preußenwahlen ergeben werden, sind bisher noch nicht zu übersehen. Das Zentrum, bei dem der Schlüssel zur Lage liegt, hält sich vorerst noch offiziell zurück. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß es zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unter Ausschaltung der Deutschnationalen schon demnächst zu Verhandlungen kommt. Maßgebende Persönlichkeiten des Zentrums vertreten allen Ernstes die Auffassung, daß nach dem Ergebnis der Preußenwahlen unbedingt das Experiment einer Regierung mit den Nationalsozialisten versucht werden sollte.

## Zentrum und verfassungsmäßige Ordnung

Der Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Dr. Graf, erklärte heute in einer Unterredung über die politische Situation in Preußen u. a.:

Eines der Merkmale der Lage ist die Tatsache, daß Eugenbera sich nun schon zum zweiten Male verrechnet hat. Er ist in Preußen ausgeschaltet. Zur Bildung einer Regierung ist seine Mitwirkung nicht erforderlich.

Das zweite Merkmal ist der völlige Zerfall der bürgerlichen Gruppen rechts und links vom Zentrum. Dadurch ist das Zentrum der einzige Sort derjenigen bürgerlichen Elemente geworden, die den Gedanken des gerechten Ausgleiches auf allen Gebieten vertreten.

Das dritte Merkmal ist die Tatsache, daß die Nationalsozialisten dem Zentrum trotz erbitterter Kritik nichts anhaben konnten. Das Zentrum steht okeziellator denn je. Die Preußenwahl hat weiterhin ergeben, daß die Nationalsozialisten allein nicht die Mehrheit erlangen können.

Das Zentrum betrachtet sich als den Garant der verfassungsmäßigen Ordnung. Dieser Tatsache muß keine politische Haltung entsprechen. Im übrigen kann das Zentrum mit Ruhe abwarten. Bis solange tritt, was die großen politischen Gruppen ebenfalls wollen.

## Wie ist's mit den „Parteiuchbeamten“

Zum Anschluß an die Besprechung der Rechtsparteien vor den Preußenwahlen hat dieser Tage die Badische Presse wieder einmal in das Horn der üblichen Hehe gegen die Sozialdemokratie geblasen. Es ist daher notwendig an Hand von Mitteilungen des staatlichen preussischen Pressebüros die Tatsachen richtig zu stellen. Gegenüber den Behauptungen der Rechtspresse, daß seit dem November 1931 in Preußen 250 000 Parteiuchbeamte ernannt worden seien, schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst, die Unfugigkeit dieser Behauptung geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der gesamten planmäßigen Beamten Preußens nach dem Haushaltsplan für 1932 143 798 betrage. Selbst wenn man dazu die Zahl der Beamten, der Angestellten und Staatsarbeiter hinzurechne, komme nur eine Gesamtzahl der Staatsbediensteten von 210 501 heraus. Mit einer anderen Behauptung über die parteipolitische Zusammenlegung der Referenten des preussischen Ministeriums des Innern, so schreibt der Amtliche Preussische Pressedienst weiter, verhält es sich genau so. Danach sollen von den Referenten und Hilfsarbeitern des preussischen Innenministeriums, deren Zahl rund 80 beträgt, 41 der Sozialdemokratischen Partei und 11 dem Zentrum angehören. Diese Zahlen sind absolut aus der Luft gegriffen. Von den 80 Sachbearbeitern und Hilfsbearbeitern des preussischen Innenministeriums gehören politisch den Parteien der Sozialdemokratie und des Zentrums knapp ein Viertel an. Wohl aber befinden sich unter den Beamten des Innenministeriums eine ganze Reihe von Herren, die parteipolitisch eher der Rechten als den Parteien der Weimarer Koalition zuzurechnen sind.

## Danziger Nationalsozialisten gegen Uniformtragen

WB Danzig, 24. April. Der Gau Danzig der Nationalsozialisten hat beschlossen, bis auf weiteres von sich aus jedes Uniformtragen zu verbieten.

## Ungünstige Auslandswirkung der Preußenwahl

### Ein scharfer Kommentar des Temps

Paris, 25. April. (Eig. Melde.) Der Temps sagt zur Preußenwahl: Der Wahltag in Preußen sei der schlechteste politische Tag den Deutschland seit September 1930 erlebt habe.

„Augencheinlich, so schreibt das Blatt weiter, hat das deutsche Volk jede Selbstkontrolle verloren.“

### Es überläßt sich dem Zufall des Abenteuers.

Man legt sich darüber Rechenschaft ab, daß keine so berühmte moralische Kraft, die aus Organisation und Disziplin besteht, eine künstliche Sache war, die keine andere Stütze als einen übermächtigen Schmutz hatte. Diese moralische Kraft hat nicht der Nation die Pflicht, daran zu denken, denn man muß sich nicht scheuen, welchen Wert unter diesen Umständen für den Wiederbau Europas die allgemeinen Friedensabkommen mit einem Deutschland haben können, das auf die schiefe Ebene geraten ist und unter der davorliegenden Drohung des Nationalismus und des Kommunismus nicht mehr läßt sich eine stabile Regierung zu geben.

### Holland über Rückwirkungen auf Brüning

Amsterdam, 25. April. (Eig. Draht.) Der Amsterdamer Telegraaf schreibt zu dem Ergebnis der Preußenwahl, es sei zweifelhaft, ob es die günstigste Lösung wäre, die Nationalsozialisten im Hinblick auf die Widersprüche in ihrer Propaganda politisch zurückzuführen, zumal bisher selbst die größten Freunde dieser Bewegung in ihr kein politisches Genie haben entdecken können. In jedem Fall sei die Position der Regierung Brüning sehr geschwächt.

Set Volk stellt fest, daß augencheinlich bei den Wählermengen eine merkwürdige Verschiebung von den Kommunisten zu den Sozialisten stattgefunden habe. Die Zunahme sozialdemokratischer Stimmen in Preußen und Hamburg deutete auf die Umkehr zu einem Umschwung, der jedoch für die preußischen Wahlen zu spät gekommen sei. Der Nationalismus als Teilstütze einer Regierungskoalition würde sich kein eigenes Gebräuben, da er keine Verprechungen nicht einlösen könne. Gest hätten Brüning und Dittler das Wort.

### Der Eindruck in Neuport

Neuport, 25. April. Die Wähler berichten eingehend über die Wahlergebnisse in Preußen und in anderen Ländern. Sie wurden hier mit großer Spannung erwartet. Die Wähler haben vornehmlich Herold Tribune in einem längeren Leitartikel, daß die Erfolge der Nationalsozialisten nicht ausreichend seien, um die politische Kontrolle in den anderen Ländern zu ändern.

### Belgische Wählerstimmen

WB Brüssel, 25. April. Die Koalition von Weimar hat ihren Reichtum in Preußen verloren. So kennzeichnet das sozialistische Blatt People das preussische Wahlergebnis. Independence Belgium spricht von einem neuen starken Erfolg Hitlers. Etote Bela stellt fest, daß es vom Zentrum abhängen werde, ob eine neue Regierungskoalition zustande kommen werde.

### Die Auffassung der Presse Mussolinis

Rom, 25. April. (Eig. Draht.) Die italienische Presse macht aus dem Ergebnis der Preußenwahl einen entscheidenden Sieg der Nationalsozialisten. Immerhin betonen die Berliner Korrespondenten der großen Blätter die entscheidende Tatsache, daß Hitler die Majorität in Preußen nicht erreichen konnte. Selbst mit den Deutschnationalen und den kleinen nationalsozialistischen Gruppen ist diese Mehrheit nicht zu erreichen gewesen.

### Verschiedene Meinungen in England

London, 25. April. (Eig. Draht.) Die durch den Ausgang der Preußenwahlen in Deutschland geschaffene Lage beansprucht das Hauptinteresse der englischen Öffentlichkeit. Auf irrenden weichen unumfassenden Meinungen in der Innen- oder Außenpolitik ist man hier jedoch nicht gefast. Am meisten diskutiert wird die Möglichkeit einer Koalition Hitlers mit dem Zentrum. Der Daily Herald würdigt in einem Leitartikel die Verdienste der Regierung Brauns und erwartet, daß in Ermangelung einer definitiven Majorität Otto Braun noch längere Zeit am Ruder bleiben müßte.

### Die Ansicht der Prager Presse

Prag, 25. April. (Eig. Draht.) Die tschechische Presse erklärt, daß jetzt in Preußen eine neue geschäftsführende Brüning-Regierung von den politischen Gruppen verlangt werden würde, die mit der Neutralität der Sozialdemokratie und der Unterstützung der kleinen Gruppen rechnen könnte. Der sozialistische Bravo Bdu sagt, daß in Preußen die Kommunisten und das Zentrum die Entscheidung in Händen haben werden, und es sei zu befürchten, daß die Kommunisten die Hakenkreuzer unterstützen werden. Die Preußenwahl werde sich ungünstig für Europa auswirken.

### Das unruhige Indien

London, 25. April. (Eig. Draht.) Eine nach Delhi einberufene Sonderversammlung des indischen Nationalkongresses ist von der englischen Polizei unterbunden worden. Dazu waren nicht weniger als 450 Verhaftungen nötig. Frau Rajdu wurde zu einem Gefängnis verurteilt.

## Bilder von den Landtagswahlen in Berlin



Links: Hindenburg bei der Abgabe seines Stimmzettels. — Mitte: Der preussische Ministerpräsident Otto Braun besichtigt in sein Wahllokal in Berlin-Neukölln. — Rechts: Der Reichspräsident, wie stets einer der Ersten an einer Wahlurne, beim Verlassen des Wahllokals und Staatssekretär Weisner.



# Freistaat Baden

## Kommunistische Attacke auf die Wiesetaler Textilarbeiter

**Von Vörrach schreibt man uns:**  
Die großen sozialen Kämpfe der Gegenwart sind für die Kommunisten stets äußere Veranlassung, um die Parteipropaganda zu fördern. Weder die R.G.D. (revolutionäre Gewerkschaftsorganisation), noch die kommunistische Partei selbst haben die Möglichkeit, bei etwaigen Lohnbewegungen für die Arbeiterklasse erfolgreich einzusetzen. Beweis dafür ist wieder die neuerliche Tätigkeit der R.P.D. in der Vörracher Gegend und im Rhein- und Wiesetal.

Die Textilarbeiter- und Arbeiterinnen, die sich zur Zeit in einem Lohnkampf befinden, sollen im Mai d. J. seitens der Funktionäre der R.G.D. und der „Antifa“ zum Generalkrieg geübt werden. Wie dies in der heutigen Zeit, die ohne jede Aussicht auf das Gelingen eines solchen Unternehmens ist, nun möglich? Für die Kommunisten einfach! Man beruft Betriebsvereinigungen ein, läßt von kommunistischen Betriebsräten über die Lohnverhältnisse und die Lohnbewegung der „Textiler“ sprechen und die Vorbereitung zum Generalkrieg ist fertig.

Besonders hierfür tätig ist eine Frau Wiedmeier, die man stets zu diesem Zwecke, um bei den Textilarbeiterinnen leichteren Eingang zu finden, aus Berlin importiert hat; sie befindet sich schon seit einiger Zeit in Vörrach. Dann wartet in gleicher Mission auf die badische Landtagsabgeordnete Frau Langendorf, und endlich ein gewisser Vögtl aus Kehl, eine ganz besondere Nummer der kommunistischen Agitatoren. Dieser Vögtl ist nach einer Bekanntmachung der kommunistischen Bezirksleitung im Juli 1928 aus der R.P.D. ausgeschlossen worden, weil er seinerseits der sogenannten Arbeitergruppe angehört. Die Arbeiter-Zeitung schrieb, er gehöre zu den schlimmsten Verleumdern der kommunistischen Partei Badens. Vögtl soll in der französischen Fremdenlegion und später auch in Rußland gewesen sein. Er ist 1930 wieder in Baden aufgenommen worden und wird nun auf die armen Textilarbeiter losgelassen.

### Ab 1. Juli Reichswasserstraßen?

**Karlsruhe erhält eine Reichswasserstraßendirektion**  
Die R.P.D. teilt mit: Wie verlautet, hofft der Reichsverkehrsminister, daß die Verhandlungen mit den Ländern so weit vorwärts bringen zu können, daß das Reich ab 1. Juli 1932 die Reichswasserstraßenverwaltung übernehmen wird. Nachdem Reichsbahn und Reichspost von den Ländern bereits auf das Reich übertragen sind, geht damit die dritte öffentliche Verkehrsunternehmung auch auf das Reich über.

Über den Ausbau der Verwaltung in Süddeutschland wird mitgeteilt, daß eine Reichswasserstraßendirektion in Koblenz geschaffen wird. Dem Drängen Badens entsprechend, wird es auch zur Bildung einer Reichswasserstraßendirektion in Karlsruhe kommen. Damit ist der Plan einer Reichswasserstraßendirektion in Mainz endgültig gesichert. Beim badischen Finanzministerium wird eine Verbindungsstelle geschaffen, um den Zusammenhang zwischen den badischen Landesbehörden und der Reichswasserstraßenverwaltung herzustellen.

### Bundestag des Badischen Beamtenbundes

**23. Karlsruhe, 24. April.** Im Bundeshaus (Café Nowak) hielt der Badische Beamtenbund seinen ersten Bundestag ab. Vom Finanzministerium war Oberfinanzrat Rheinboldt erschienen, vom Landtag hatten sich die Abg. Frau Siebert und Seubert (Chr.), Trinks (Sos.) und Neumann (Staatsrat) eingefunden.  
Der Bundesvorsitzende, Gerichtsobervorwarter Thum, erstattete einen ausführlichen Geschäftsbericht. Einleitend behandelte er die Wirtschaftslage und die Lage der öffentlichen Finanzen, um anschließend auf das Gebiet der Gehaltspolitik und des Beamtenrechts einzugehen. Alle in dieser Richtung getroffenen Maßnahmen, insbesondere die badische Sonderbelastung, hatten sich in ihrer Auswirkung als unangenehm erwiesen. Den Organisationen sei es zwar gelungen zu erreichen, daß die prozentige badische Gehaltskürzung auf die auf 1. Januar 1932 verordnete Prozentsatz Kürzung angeordnet wird, daß die Sperre der Dienstalterszulagen und die Sonderbestimmung wegen des Anrechnungseinkommens beim Ruhestandsbeamten aufgehoben und endlich die Bestimmungen der §§ 23 und 29 des bad. Beamtengesetzes hinsichtlich der Höchstgrenze des Ruhegehalts und des Prozentsatzes des jährlichen Zuwachses wiederhergestellt wurden. Auch die Beförderungssperre ist mit Wirkung vom 1. April d. J. wieder aufgehoben worden und außerdem die Kürzung der Stellensulagen um ein Drittel mit dem 31. März 1932 durch Ablauf der für sie bestimmten Frist weggefallen. Geblieben sind an badischen Sondermaßnahmen: 1. Die Anordnung über die Sinauschiebung der Beförderung auf 6 Monate bei einer erledigten Stelle; 2. Die Einbehaltung des Zuschlages der Altersrenten; 3. Die Senkung der Vergütungen der weiblichen Beamtinnen um 10 Prozent; 4. Die erhebliche Schlechterstellung der außerplanmäßigen Beamten; und 5. die Verordnung betr. die Überleitung der Gehaltsabgaben. Man werde auch im staatspolitischen Interesse nicht ruhen, bis die badischen Sondermaßnahmen rechtlos beseitigt seien. Das Beamtenrecht habe in verschiedenen Punkten ebenfalls eine Verschlechterung erfahren. Leider hätten die Bedenken der Organisation kein Gehör gefunden. Ein großes Unrecht bedeute die Herabsetzung des Ruhegehalts eines über 65 Jahre alten Beamten von 80 auf 75 Prozent. Der Bund wünscht die Befreiung des Beamtenrentenrückstellungengesetzes, die Erhöhung der Höhe in der Dienstalterszulagenverordnung und gesetzliche Regelung der Unfallfürsorge. Er erklärt seine Bereitwilligkeit, an einer vernünftigen Reform mitzuarbeiten, lehnt aber schematische Beamtenabbau ohne Befreiung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben ab. Erwähnt sei noch, daß die Beamtenbau- und Schulungsstelle bisher 1497 Sparern 7529 000 RM zugewiesen hat und das Schulungsheim Hornberg sich in künftiger Entwicklung befindet. Der Reichsgerichtsrat schloß mit dem Appell zur Geschlossenheit der Beamtenschaft.  
In der Aussprache wurde über die Sonderbehandlung der badischen Beamtenschaft bewegliche Klage geführt. Man brachte

zum Ausdruck, daß der Beamte nicht immer das Objekt der Sparmaßnahmen sein dürfe. Auch die Wirtschaft möge Verständnis für die Belange der Beamtenchaft haben, zumal sie selbst die Auswirkungen der Gehaltskürzungen zu spüren bekommen. Man wies darauf hin, daß die Gehaltsnachzahlungen gleichfalls eine Einkommensverminderung darstelle. Es wurde von der Versammlung geäußert, daß die in den Gehaltsnachzahlungen gleichfalls eine Einkommensverminderung darstelle. Es wurde von der Versammlung geäußert, daß die in den Gehaltsnachzahlungen gleichfalls eine Einkommensverminderung darstelle.

Es kam einstimmig folgende Entschließung zur Annahme: „Die badischen Beamten fordern die Aufhebung der angeordneten Überleitung der Gehaltsnachzahlungen, die weder das Reich, die Reichsbahn, Reichspost oder ein anderes Land für seine Beamten eingeführt hat, weil diese Maßnahme sich als eine Sonderbelastung auswirkt und die wirtschaftliche Existenz der Beamten im höchsten Maße gefährdet. An dem Grundgedanken der Gleichbehandlung der Landes- und Reichsbeamten, den auch der Herr Finanzminister in der Landtagsitzung vom 25. September 1931 ausgeprochen hat, muß festgehalten werden.“

Nachdem noch die Regularien erledigt und der geschäftsführende Vorstand einstimmig wiedergewählt worden war, konnte der Vorsitzende die mehrstündige gutbesuchte Tagung schließen.

### Das Feuerlöschwesen in Baden

Nach dem Stand vom 1. Januar 1932 sind in Baden 54 Kraftfahrspitzen, 189 Kraftspitzen und 10 Kraftdrehleitern aufgestellt. Unter den Kraftspitzen befinden sich 17 vierdrädrige, 82 Radeiten- und 90 tragbare Kraftspitzen. Insgesamt sind also 253 motorische Feuerlöschgeräte in Baden vorhanden. Zur Entlastung der Landesfeuerwehrenterstützungskasse hat die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt seit 1928 die Kosten der automobilen Ueberlandbrandhilfe übernommen. Diese belaufen sich im Jahre 1931 auf 33 736 RM. An den bei der städt. Berufsfeuerwehr Karlsruhe abgegebenen Feuerwehrlizenzen nahmen 112 Feuerwehrlizenznehmer und an den bei der städt. Berufsfeuerwehr Mannheim abgegebenen Wehrlizenzen nahmen 97 Wehrlizenznehmer teil. Der Aufwand für diese Karte betrug insgesamt 12 255 RM. und wurde ebenfalls von der Gebäudeversicherungsanstalt getragen. Das Vermögen der Landesfeuerwehrenterstützungskasse war am 31. Dezember 1931 168 197 RM.

### Die Lotterie: Wir wollen helfen

Ueber die Hilfsbereitschaft der Badischen Volksgemeinschaft wird uns geschrieben: Zunächst war der im vergangenen Frühjahr erfolgte Zusammenschluß aller badischen Wehlfahrtsverbände — sowohl der konfessionellen, als auch der paritätischen — eine fürsorgliche Maßnahme. Man wollte im Rahmen der größeren Volksgemeinschaft und in gemeinsamem Willen und Zusammenarbeiten versuchen, die allerhöchste Not im Lande zu lindern. Es wurde unermüdet eine „Landesversammlung für Brotlos“ einberufen, deren Sammlungsstätigkeit demnächst abgeschlossen werden kann. In rascher Hilfe konnten aus diesem Ergebnis 21 Gemeinden mit zusammen 4 200 Kilogramm Wehl, 5 250 Kilogramm Mehl und 2 100 Kilogramm Gries versorgt werden. Vielfache Warenspenden und viele gespendete, getragene Kleider konnten ebenfalls auf eine Reihe von Notgemeinden verteilt werden. So war die Arbeit der Badischen Volksgemeinschaft eine ausdauernde und wirklich positive. Es sei auch an dieser Stelle allen Helfern und Spendern im Lande herzlich dank gesagt. Nur gemeinsames Handeln und Helfen ermöglichte die vielfache Hilfsbereitschaft. Nächste Aufgabe ist nun die Durchführung des Hilfswerkes „Kinder in Not“, dessen Finanzierung durch die Lotterie „Wir wollen helfen“ gegenwärtig betrieben wird. Tausende Kinder warten auf einige Wochen der Erholung, tausende muß geholfen werden. Helfen wir doch alle den Kindern zu dieser unbedingt notwendigen, sommerlichen Erholungszeit.

Freiwillige Helfer und Andere, die sich gerne solche 50 Pf.-Lose „Wir wollen helfen“ erwerben möchten, werden gebeten zu schreiben an die Landesgeschäftsstelle der Badischen Volksgemeinschaft, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 360.

### Wo bleibt da der Antijemitismus?

Es ist etwas kaputtgegangen!

Zwar Kreuger hat einen Rekord aufgestellt: er ist der größte Betrüger und Fälscher, den der Kapitalismus bisher hervorgebracht hat. Blond, blauäugig, ein echt germanischer Typ — wer hätte das gedacht? Er stammt nicht aus Ostgalizien, sein Stammesbaum ist nicht anzuzweifeln — und trotzdem Schieber ein groß! Wo bleibt das Gefühl der antijemischen Presse über diesen Finanzfürsten, einen der größten, die die „Zinsnechtigkeit“ aufrechterhalten?

Mit seiner Entlarvung und seinem Tode wankt etwas mehr als die plumpe Agitation des Rechtsradikalismus gegen den „Judentkapitalismus“ und die „jüdische Zinsnechtigkeit“. Es wankt die moralische Basis des kapitalistischen Systems überhaupt, und die ethische Verurteilung des Kapitalismus erhält stärksten Antrieb!

Wie reagiert dies ausgesprochen kapitalistische Presse auf die Entlarvung Kreugers, nachdem die erste Sensation vorüber ist? Sie antwortete mit einer besonnenen und wütenden Verteidigung des Kapitalismus: der Kapitalismus als System ist gut — nur die Kapitalisten sind schlecht! Wenn aber die Kapitalisten schlecht sind, wie kann der Kapitalismus gut sein?

Warum aber diese wütende, auffällige Verteidigung, diese Gefühlsheftigkeit, was ist hier kaputt gegangen? Nichts anderes als das gute Gemüsch der Verteidiger des Kapitalismus. Nachdem die Säule Zvar Kreuger gebrochen ist, wankt das Weltbild der Anhänger des Kapitalismus, und sie müssen sich selber Mut zusprechen!

### Kreugers „Namensstempel“

Stockholm, 25. April. „Ana Doolig Alhanda“ berichtet: Unter den aufsehenerregenden Funden im „Stillen Zimmer“ Zvar Kreugers befinden sich eine Anzahl Stempel mit dem Namenszeichen bekannter Wirtschaftsführer, die Kreuger wohl dann gebraucht hat, wenn er nicht sicher war, ob die Betreffenden freiwillig ihre Unterschriften geben wollten. Wenn er den Namenszug einer angesehenen Person in seine Hand bekommen hatte, ließ er einen Stempel nach der Handschrift machen. Kreuger soll angeblich diese Stempel bei Aktienzuschüssen verwendet haben.

Stockholm, 28. April. Pressmeldungen zufolge hat Zvar Kreuger nur ein Testament hinterlassen, durch das einer Frau Ingeborg Eberth aus Stockholm ein Betrag von einer halben Million Kronen ausgesetzt wird. Allerdings ist kein freier Nachlass vorhanden.

### Uralzeff freigesprochen

**Kaufmännische Halbwelt und deutschnationales System bei Raiffeisen**  
Berlin, 24. April (SP). Im Berliner Raiffeisenbankprozeß wurden die Angeklagten Uralzeff und Tietz von der Anklage des Betrugs freigesprochen. Dieses sensationelle Urteil ist zugleich ein vernichtender Schuldspruch über die heillosen Substanz- und Korruptionswirtschaft des schwarz-weiß-roten Unternehmens, das Duzende von Millionen in frevelhafter Weise verpulvert hat.  
In der Urteilsbegründung beleuchtete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Marquardt, das deutschnationale Schandsystem bei Raiffeisen. Er stellte fest, daß die Direktion und führenden Beamten der Bank sich um nichts gekümmert hätten. Ihre gräßliche Pflichtverletzung rufe den starken Verdacht der Strafbarkeit hervor. Die Leitung der deutschnationalen Bank gehöre auf die Anklagebank. Besonders charakteristisch sei das Verhalten der Direktion bei der rechtlichen Behandlung der Uralzeff-Affäre gewesen, sie habe alles getan, um die Angelegenheit zu vertuschen. Es müsse sehr interessant sein festzustellen, warum man dem staatenlosen Russen derartig große Kapitalien ohne jede ernstlichere Prüfung übergeben habe; dies aufzuklären sei allerdings nicht Aufgabe des Gerichts gewesen. Uralzeff gehöre zur kaufmännischen Halbwelt und sei keineswegs als leistungsfähiger Kaufmann anzuspprechen, ein Betrag bei dem Russengeschäft sei ihm jedoch nicht nachzuweisen gewesen.



## SEIEN SIE ANSPRUCHSVOLL

Auch an eine Zigarette zu 3 1/2 Pfennig können Sie heute Ansprüche stellen. Es gibt viele Marken in dieser neuen Preislage, darunter auch gute. Es liegt an Ihnen, die Beste herauszufinden. Seien Sie deshalb nicht zu bescheiden.

### RAUCHEN SIE:

3 1/2

mit und ohne



Mundstück

Pf.

in Preis und Qualität auf Friedens-Stand.

WALDORF-ASTORIA G.M.B.H



Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:
Mittwoch, den 27. April:
Durlach: Abends 8 Uhr im Jugendheim Mitgliederversammlung...

Maisfeiern

Wann Referenten vom Sekretariat bestimmt wurden, finden statt:
Samstag, den 30. April:
Rehl: Abends 8 Uhr. Referent: Landtagsabg. Gen. Trinks...

Die Maisfeiern sind bei den zuständigen Bezirksämtern anmeldepflichtig, sofern sie im Freien veranstaltet oder Lichtpartei gegeben werden...

Aus der Stadt Durlach

„Kater Baden“. Heute abend pünktlich um 1/8 Uhr im Rest-Sprechsaal mit Genosse Kühne. Allen denjenigen, denen es möglich ist, wollen um diese Zeit anwesend sein...

Verbreiteter Georg Weidmann Verantwortlich: Volke Kreitzschmann Baden, Volkswohl, Gewerkschaftliches Postales Reutlingen Aus der Stadt Durlach, Kreis Durlach, Kreis Durlach, Kreis Durlach...

Badischer Gau-tag des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen

Die Vertreter der Arbeitsinvaliden des Gau Baden trafen am 23. April in ihrer Gaukonferenz im Gasthaus „Storch“ in Durlach zusammen. Die Konferenz wurde um 3.30 Uhr durch den Gauleiter Kollege Thomas (Karlsruhe) eröffnet mit Worten der Begrüßung an die erschienenen Delegierten und Gäste...

Als Gäste waren anwesend: Gauleiter Welther (Braunschwieg), Gauleiter Gahlbusch (Speyer), der Vertreter der Arbeiter-Mobilfabrik Badens Gen. Ripp (Mannheim), Gauleiter Marquardt (Mannheim) vom Reichsbund der Kriegsinvaliden, Gen. Stadtrat Mayer (Lörach), vom Ortsausschuß des DGB, Gen. Schmitt (Lörach), als Vertreter des Parteiverbands Lörach und der Kreisbauernschaft Herr Köttermann, vom Bezirksfürsorgeverband Lörach und Herr Regierungsrat Dr. Arnold, als Vertreter der Regierung und des Bezirksamtes Lörach...

Als Gäste waren anwesend: Gauleiter Welther (Braunschwieg), Gauleiter Gahlbusch (Speyer), der Vertreter der Arbeiter-Mobilfabrik Badens Gen. Ripp (Mannheim), Gauleiter Marquardt (Mannheim) vom Reichsbund der Kriegsinvaliden, Gen. Stadtrat Mayer (Lörach), vom Ortsausschuß des DGB, Gen. Schmitt (Lörach), als Vertreter des Parteiverbands Lörach und der Kreisbauernschaft Herr Köttermann, vom Bezirksfürsorgeverband Lörach und Herr Regierungsrat Dr. Arnold, als Vertreter der Regierung und des Bezirksamtes Lörach...

Gewerkschaftliches

Französischer Textilarbeiterstreik infolge kommunistischer Aufwieglung gescheitert

Paris, 23. April. (S.B.) Die 4.500 Textilarbeiter von Biennes an der Rhone, die seit 8 Wochen im Streik standen, haben am Freitag die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar zu den letzten von den Unternehmern vorgeschlagenen Bedingungen...

Das Scheitern des Streiks fällt den Kommunisten zur Last, die die Bewegung zu politischen Zwecken mißbraucht und die Arbeiterkraft absaufen haben. Gleich zu Beginn des Streikes hatte der kommunistische Gewerkschaftsbund den bekannten Agitator Richetta nach Biennes entsandt, der in allen seinen Reden der sozialistischen Stadtverwaltung vordar, nur zu Wohlwollen den Streikenden Unterstützung zu gewähren...

Schöne weiße Zähne

Ich noch einmaligen Pulver mit der herzlich erfindend schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreibt uns ein Käufer. Tube 60 Pf. u. 80 Pf. Versand übergeugt.

als moderne Organisation den Kampf in den nächsten Tagen und Wochen zu führen. Wir werden unsere Gegner zu schlagen wissen und zwar so zu schlagen, daß ihnen die Luft verweht, an unsere Rechte zu tippen oder Hand an die demokratische Republik zu legen.

Das Referat des Genossen Karsten löste großen Beifall aus und hinterließ einen tiefen Eindruck. Vor Eintreten in den Geschäftsbericht ehrte die Konferenz die verstorbenen Mitglieder. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Gauleiter Thomas, der zu dem im Druck vorliegenden Bericht seine Ausführungen kurz hielt. Der Kassenbericht schließt in seinen Einnahmen mit 24.318,94 M. und in den Ausgaben mit 22.880,47 M. mit einem Kassenbestand von 1438,47 M. ab.

Zu dem Geschäfts- und Kassenbericht steht ein Antrag der Gauleitung zur Diskussion, der verlangt, daß in Zukunft vom 1. Mai ab pro Monat 5 bis aus den Lokalfassen der Ortsgruppen an den Gau abzuführen seien. Als Gegenleistung übernimmt der Gau die Delegationskosten für die Gau-tage, die Kosten für die Referenten, sowie die Kosten für die Kurse der Teilnehmer für Rechtsberatung.

Der Revisionsbericht besagt, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden wurden. Es wird beantragt, daß dem Gauvorstand Entlastung erteilt werde. Nach längerer Diskussion wird der Antrag des Gauvorstandes auf Abführung eines 5-Monatsbeitrages pro Mitglied und Monat an die Gaukasse angenommen. Damit waren die Beratungen des ersten Verhandlungstages beendet.

Der Begrüßungsabend, den die Ortsgruppe Lörach zu Ehren der Delegierten und Gäste veranstaltete, war mehr als gut besucht. Musikvortrüge der Stadtmusik Lörach, Gesangsbeiträge des Arbeitergesangsvereins Freundschaft und Theateraufführungen verschönerten den Abend. Herr Regierungsrat Dr. Arnold, Fürsorgevorsteher Andros und Landtagsabg. Gen. Köhler hielten Ansprachen. Letzterer im Namen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Zweiter Verhandlungstag

Die Verhandlungen beginnen um 9.30 Uhr. Gauleiter Thomas gibt eine Resolution bekannt, die an den Badischen Landtag gerichtet werden soll, in der verlangt wird, daß der Etat für das Fürsorgewesen wieder auf seinen alten Stand gesetzt werden sollte und die Streichungen zu unterbleiben hätten. Ferner stand eine Resolution an die Reichsregierung gegen die Verschlechterung der Rentenbesätze zur Beratung.

Zur Debatte steht der Geschäftsbericht. Es sprechen die Kollegen Kamm (Heidelberg), Klinger (Karlsruhe), Delfosse (Lahr), Sinder (Karlsruhe), Walter (Braunschwieg), Reif (Ettlingen). Die Redner befaßten sich in der Hauptsache mit den Richtlinien für die höhere Fürsorge, den Abwehrkampf gegen die Notverordnungen und die Agitation für den Verband. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

In seinem Schlusswort ging Gauleiter Thomas auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und forderte die Kollegen auf, eine rege Agitation bei den indifferenten Arbeitsinvaliden zu entfalten. Die Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Dem Gauvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind 85 Delegierte auf der Konferenz vertreten. 49 Ortsgruppen hatten keine Delegation entsandt, wahrscheinlich infolge der wirtschaftlichen Depression.

Es wurde nun in die Beratung der Punkte eingetreten. Der Antrag des Gauvorstandes, das vor jedem Verbandstag eine Gaukonferenz einzuberufen sei, die zwei Monate vor dem Verbandstag stattfinden soll, wobei der Gauvorstand Ort und Zeit bestimmt, wurde einstimmig angenommen.

Die Anträge der Ortsgruppen Ettlingen und Bruchsal, die sich mit der Schaffung der Funktionäre befaßten, wurden dem Gauvorstand übergeben. Die Anträge Leutershausen und Kappelrodeck, sich durch die Entschlüsselung erledigt. Sengen zieht seinen Antrag auf Benennung von Beisitzern zu den Oberverwaltungsämtern, aus den Arbeitsinvaliden, zurück. Die Anträge 13, 14 und 15, sind durch Beschluß der Konferenz erledigt.

Ein Antrag Sengen, der sich mit der Sterbeunterstützung befaßt, war durch einen Antrag der Gauleitung, der besagt, daß der Verbandstag prüfen möge, inwieweit eine Veränderung der Sterbeunterstützung möglich sei, durch Annahme erledigt.

Es folgen die Wahlen zum Gauvorstand. Gewählt wurden: Thomas (Karlsruhe), 1. Vorsitzender; Dreher (Freiburg), 2. Vorsitzender; zum Schriftführer wurde Kollege Müller (St. Georgen i. Sch.) gewählt. Zu Beisitzern wurden die Kollegen Stams (Heidelberg) und Kurz (Mannheim) gewählt.

Als Delegierte für den nächsten Verbandstag wurden die Kollegen Klinger (Karlsruhe), Stams (Heidelberg) und Birkenmeter (Lörach) gewählt.

Die Anträge auf den Tagungsort des nächsten Gau-tages, fanden dadurch ihre Erledigung, daß es dem Gauvorstand überlassen wurde, den Ort der Tagung selbst zu bestimmen.

Dem Ort der Tagung der Konferenz erledigt. Gauleiter Thomas, sprach in seiner Schlussrede der Ortsgruppe den Dank des Gau-tages für die freundliche Aufnahme und den schönen Abend aus. Er ermahnte die Delegierten, sich in ihren Ortsgruppen für die Beschlüsse des Gau-tages einzusetzen und in ihrer Agitation sie zu erklären. Mit ersten Nachworten an die Delegierten, die schwere Lage der politischen Zeit zu würdigen, schloß er um 12.30 Uhr, die imposante Tagung der Arbeitsinvaliden.

Gegen den Doppelverdienstkandal

Auf dem Aussenposten der freien Gewerkschaften kam der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, in seiner Eröffnungsrede auch mit einem Wort auf den Doppelverdienstkandal zu sprechen. Er betonte, es sei tief bedauerlich, daß in der Frage der Doppelverdiener noch immer nicht eine angemessene Lösung geschaffen sei. Für viele Beurlaubte wäre Arbeitsmöglichkeit in Deutschland vorhanden, wenn dieser Standal aufhörte. Nunmehr hat der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Sorus, in einem vom 21. April datierten und liehen in einer Beilage zum Reichsarbeitsmarktanzeiger Nr. 8 erschienenen Erlaß an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter von neuem die Ausschaltung ungerechtfertigter Doppelverdienster geordert. In allen Arbeitsämtern sollen bei jedem einzelnen Arbeitsgesuch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse so gewissenhaft festgehalten werden, daß bei der Auswahl von Arbeit-suchenden für offene Stellen keine Doppelverdiener vorgeschlagen werden.



### Wert und Nutzen der Seefische

Reichswerkwoche zur Förderung des Seefischverbrauchs vom 24. April bis 30. April 1932

Zur Aufklärung über den Wert und Nutzen der Seefischnahrung ist vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Ausschuss (Reichs-Seefisch-Ausschuss) ins Leben gerufen worden, der in seinen Bestrebungen auch vom Reichsgesundheitsamt unterstützt wird und sich zur Aufgabe gesetzt hat, im Interesse der deutschen Seefischerei einerseits und aus Gründen einer zweckmäßigen Ernährungsweise des deutschen Volkes andererseits die breiten Schichten der Bevölkerung auf die Seefischnahrung aufmerksam zu machen.

Würde Gerd Tod, der große Sohn des Fischerdorfes Finkenwälder, der durch seinen Roman „Seefahrt ist tot“ dem deutschen Volke zum Erwecker und Erhalter des nationalen Schiffahrtsgedankens geworden ist, heute noch leben, er wäre die geeignete Persönlichkeit, unserem Volke den Ruf der deutschen Seefischerei einzubringen. Durch die Kfzlosigkeit weiter Verbraucherkreise droht ein Gemerbe zum Erliegen zu kommen, welches für die deutsche Volksernährung, gerade in den gegenwärtigen Notzeiten, von allergrößter Bedeutung sein könnte. — Zahlreiche brauner Fischerfamilien an der Ost- und Nordsee schweben in höchster Gefahr der Existenzbedrohung, weil sie ihre Fänge nicht mehr absetzen können. In allen deutschen Fischerdörfern und Fischerhäfen an der Ost- und Nordsee herrscht Armut und Not, mannielt es an Arbeit und Verdienstmöglichkeiten. Ueber 50 Prozent der deutschen Fischdampfer liegen auf, weil die Fischdampfererfolge infolge schlechten Absetzes der Fänge die Selbstkosten nicht mehr decken.

An den Küsten der deutschen Nord- und Ostsee fahren etwa 360 Dampfer auf den Fischfang, dazu kommen rund 130 Motorfahrzeuge und über 12.000 kleinere Fischerboote, sowie 140 Loanger für die große Heringsfischerei. Diese flottile Flotte landet alljährlich an den deutschen Fischerhäfen etwa 650 Millionen Pfund Fische mit einem Handelswert von über 300 Millionen Reichsmark und gibt über 200.000 deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot. Fürwahr, statische Zahlen — und dennoch dringt immer wieder der Ruf zu uns: Fischer in Not!

Was ist das? Hauptächlich an der Gleichgültigkeit des Volkes und seiner Unkenntnis in volkswirtschaftlichen Dingen, sodann aber auch in gänzlich unverständlichen Vorurteilen gegen die Seefischnahrung.

Ueber den tatsächlichen hohen Wert der Seefischnahrung braucht kaum noch etwas gesagt zu werden, er ist von allen Kapazitäten wissenschaftlicher Ernährungslehre genügend gekennzeichnet. Insbesondere ist es der hohe Eiweißgehalt des Fisches, der ihn zu einem hochwertigen Nahrungsmittel macht, während von den zahlreichen Mineralstoffen, die dem Seefischfleisch innewohnen, besonders Phosphor, Eisen, Kalzium und Jod zu nennen sind, die für den Protein- und Körperaufbau und die Blutzusammensetzung des Menschen von lebenswichtiger Bedeutung sind. Seefische sind auch wertvolle Vitaminträger und wir haben diese Vitaminquelle das ganze Jahr hindurch. Aber die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Volksernährungsmittels ist leider noch viel zu wenig bekannt. Das uns hierin andere Nachbarvölker, vor allem England, weit voraus sind, zeigen die nachstehenden Verbrauchsziffern. In England werden pro Kopf und Jahr der Bevölkerung 58 Pfund Seefische verzehrt, während in Deutschland nur 20 Pfund pro Kopf und Jahr gegessen werden. Es liegt im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, wenn in Deutschland der Seefischverbrauch eine wesentliche Steigerung erfährt.

## Soziale Rundschau

### Arbeitsbeschaffung und Hauszinssteuer

Der Reichsarbeitsminister hat zur Förderung der Arbeitsbeschaffung die Länder gebeten, soweit als möglich Mittel der Hauszinssteuer für Instandsetzungen bereitzustellen und dem einzelnen Hausbesitzer die Aufnahme von Kapital durch Zinszuschüsse aus der Hauszinssteuer zu erleichtern. Es besteht auch die Möglichkeit, die erforderlichen Mittel durch Wechselkredit zu beschaffen. Die Reichsbank ist grundsätzlich bereit, derartige Wechsel zu diskontieren.

## Kleine bad. Chronik

### Lastwagen überrennt Fuhrwerk

\* Durmersheim (Amt Rastatt), 25. April. Heute morgen gegen 7 Uhr ereignete sich auf der Landstraße Durmersheim-Rastatt ein schwerer Verkehrsunfall. Ein Lastwagen rannte von hinten auf ein Fuhrwerk, das völlig zertrümmert wurde. Auf dem Wagen befanden sich drei Personen. Während sich die zwei außenstehenden durch rechtzeitiges Abpringen retten konnten, wurde der Dritte unter den Wagen geschleudert und erlitt schwere wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen. Der Lastwagen stammt aus Mannheim. Der Fahrer erklärte der Untersuchungsbehörde, der Zusammenstoß sei durch Versehen der Steuerung erfolgt. Der Schwerverletzte namens David Ganz aus Durmersheim, 26 Jahre alt und ledig, wurde ins Rastatter Krankenhaus gebracht.

### Auf den Schienen tot aufgefunden

\* Konstanz, 25. April. Heute früh wurde auf den Gleisen zwischen der Station Petershausen und Reichenau die verstümmelte Leiche einer Gaskochschraube aus Konstanz aufgefunden. Die Tote, die seit dem 23. April vermisst wurde, dürfte in einem Unfall von Schwermut den Tod gesucht haben.

### Durch Messerfische erheblich verletzt

\* Mannheim, 25. April. In der Nacht zum Montag wurde auf dem Kaiserberg bei einem Meinungsstreit ein Zeitungserkäufer durch Messerfische erheblich verletzt. Er wurde ins Krankenhaus verbracht, wo die Verletzungen als lebensgefährlich festgestellt wurden. Der Täter, der bekannt sein soll, wird von der Polizei gesucht.

\* Untermünstertal, 25. April. Brand. Sonntag Nacht wurde das Anwesen des Wagnermeisters Fr. Link im Ortsteil Rosen durch Feuer vollständig zerstört. Die aus dem Schlafe geschreckten Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Ein Lebrjunge erlitt eine leichte Verbrennung an der Hand. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. Die Brandursache wird kurzschluß angenommen.

\* Bruchsal, 25. April. Lebenswunde. Ein hier bedienstetes Kinderfräulein aus Erfurt versuchte infolge eines schweren Nervenzusammenbruchs sich in der Saalbach zu ertränken. Passanten zogen die schon Bewußtlose aus dem Wasser und brachten sie zum Arzt, der mit Erfolg Wiederbelebungversuche anstellte.

### Marktberichte

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 25. April. Zufuhren: 35 Ochsen, 222 Stiere, 30-34, 25-30, 27-29, 23-25, 22-23, 25-26, 22-21, 22-21, 18-21, 20-25, 23-29, 31 Bullen, 30 Kühe, 133 Ferkel, Zufuhr in Großvieh 271 Stück, Kälber 145 Stück, a) frei, b) 40-48, 43-46, 30-43, 27-32. Schweine 932 Stück.

# Aus aller Welt

### Der Sklarek-Gerichtshof am Bett der Bahriagerin

ERN. Berlin, 25. April. Alle am Sklarek-Prozess Beteiligten sowie viele Gerichtsbediensteter trafen sich heute in der Wohnung von Frau Seidler, Max Sklarek, Bahriagerin, die als Zeugin gehört werden sollte und krank im Bett liegt. In Frau Seidlers Wohnung hatte man eine Leuchtsprechanlage eingebaut und das Krankenbett der Zeugin so aufgestellt, daß es über der Schenkel in zwei Zimmern stand. Vor ihrem Lager war ein Mikrophon aufgestellt. Im Schlafzimmer hatte man für die Pressevertreter einen Tisch bereitgestellt, ebenso für das Gericht. Auch für drei Zuhörer war gesorgt. Der Beklagte verordnete Frau Seidler, eine 63jährige Frau, die den religiösen Eid mit besonderer Betonung leistete. Wie die Zeugin auslegte, hat sie Max Sklarek 1919 oder 1920 durch Kriminalkommissar a. D. Grünmacher kennen gelernt.

ERN. Berlin, 25. April. Die Vernehmung der Bahriagerin Frau Seidler an ihrem Krankenbett gestaltete sich äußerst interessant, da sie nicht nur von ihren Bahrikräften berichtet, sondern auch die Angeklagten, besonders die behaupteten Beamten der städtischen Verwaltung, außerordentlich stark belastete und die Dinge „befähigte“, die sie in der Voruntersuchung dem Untersuchungsrichter mitgeteilt hat und auf denen zum größten Teil die Anklage basiert.

### Köln der Devisenmuggler

Köln, 25. April. Um den zahlreichen Gerichten, die im Zusammenhang mit der Aufdeckung des riesigen Devisenmugglers in Köln entstanden sind, entgegenzusetzen, veröffentlicht die Zollfahndungsstelle Köln nunmehr den Namen des hauptbeteiligten Bankiers, es handelt sich um den Inhaber des Privatbankgeschäfts Wilhelm Schlegel in Köln-Klettenberg.

### Nächtliche Zigeunerplünderung in Schönholz

ERN. Berlin, 25. April. (Via. Meld.) Vor dem Hause Germauerstraße 40 in Schönholz kam es in der Nacht zum Montag zu einer schweren Diebstahlthat zwischen den Angehörigen zweier Zigeunerfamilien, bei der der 28 Jahre alte Friedrich Josef aus der Ritterstraße 9 in Pantow durch einen Rückenstoß schwer verletzt wurde, so daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Als das Leberalkommando alarmiert wurde, war der Schläger bereits in Richtung Buchholz geflüchtet.

### Die Celebes-Expedition

Nach zweijähriger Abwesenheit kehrte die Celebes-Expedition nach Berlin zurück. Die Expedition, an der außer dem Zoologen Gerd Heineck dessen Frau und Schwägerin teilnahmen, hat im Auftrag der Berliner Universität und des amerikanischen Naturgeschichtlichen Museums in New York die Insel Celebes (eine der großen Sundainseln) durchsucht. Es gelang den Expeditionsteilnehmern in bisher unbefangene Gebiete vorzudringen; so wurde der bisher nur ein einziges Mal von einer holländischen Militärpatrouille besungene 3500 Meter hohe Titimodjona-Gipfel erklommen. Die wissenschaftliche Ausbeute ist beträchtlich.

39-41, 40-42, 41-44, 38-42, 36-38, 28-32, Sauen 28-32. Gesamtzufuhr 1348 Stück. Notiz: Beste Schweine 1 Pfa. höher. Tendenz: Großvieh langsam, geringer Ueberstand, Schweine mittelmäßig, geringer Ueberstand, Kälber langsam, geräumt.

### Gerinnungszug

### 1. Klasse 39. Preussisch-Sächsische Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 22. April 1932  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinne zu 10000 M.	34439
3. Gewinne zu 3000 M.	30407 107231 39438 397475
4. Gewinne zu 2000 M.	204218 236059
12. Gewinne zu 1000 M.	64133 145090 168329 226822 271259 329563
30. Gewinne zu 500 M.	10146 44216 65960 94486 123559 158156 237586 264023 276111 285928 329003 368192 361306 369973 396486
56. Gewinne zu 500 M.	12255 12528 52399 55749 59048 61251 63738 71232 76541 76389 89199 90414 101917 105212 120477 159160 159257 221160 243518 264335 271737 261093 299226 307022 319645 336214 354094 379112

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinne zu 10000 M.	389849
3. Gewinne zu 3000 M.	2771 321158
4. Gewinne zu 2000 M.	33461 114273
12. Gewinne zu 1000 M.	150895 32379 80438 81730 216385 222094 244627 265475 281697 284191 295813 330697 379268
30. Gewinne zu 500 M.	10106 36304 53337 89201 89532 90144 105212 142081 210000 215160 215516 226619 239239 242301 257964 314145 320011 323409 391151
56. Gewinne zu 500 M.	10157 29564 40381 56468 74921 79641 89207 89593 95793 110470 115317 117500 119480 120079 127113 136764 153921 204481 223012 236680 241242 243276 296743 311091 320113 365870 392048 395099 398916

### Gewinnauszug

### 1. Klasse 39. Preussisch-Sächsische Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten  
Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 23. April 1932  
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinne zu 50000 M.	135220
3. Gewinne zu 10000 M.	124561
4. Gewinne zu 5000 M.	8732 169349 218125 250590
12. Gewinne zu 3000 M.	336019
12. Gewinne zu 2000 M.	18637 59211 198644 268373 316817 344983
30. Gewinne zu 1000 M.	66901 89916 80891 63107 68561 85083 88707 95442 118570 135605 172732 177165 201859 286749 287976 303109 350991 362594
56. Gewinne zu 500 M.	9295 66716 98936 130147 150211 161071 187289 240247 249477 255064 268917 339305 373506 394814 396712 397594
42. Gewinne zu 500 M.	1962 4559 20626 34714 77658 147769 151718 178701 190097 206346 219460 220149 237695 262686 282364 292370 316644 332761 336522 399490 368226

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2. Gewinne zu 100000 M.	338050
3. Gewinne zu 30000 M.	260 6493 377065
10. Gewinne zu 2000 M.	19618 157480 234737 271417 352697
24. Gewinne zu 1000 M.	6772 16972 61389 93779 89236 106736 270148 279125 293570 328520 347912 387714
50. Gewinne zu 500 M.	17505 21826 30984 50671 67139 129486 143019 143149 139650 202305 206544 219611 230890 237590 242532 254749 269477 273239 279201 321843 329773 358395 360190 376880 378943
44. Gewinne zu 500 M.	17275 35000 40948 46256 56196 66982 71004 114072 114121 114804 141480 175493 175811 178937 181677 210764 222811 269678 338756 368137 376011 390132

Die Ziehung der 2. Klasse der 39. Preussisch-Sächsischen (265. Preussischen) Staatslotterie findet am 18. und 19. Mai 1932 statt.

### Englands Kriminalität

Nach einer Erklärung des englischen Sicherheitsministers Sir Herbert Samuel hat die Kriminalität in England in den letzten Jahren stark zugenommen; pro Million der Bevölkerung stieg die Zahl der Straftaten von London hat die Zahl der Einbrüche in letzter Zeit außerordentlich stark zugenommen. Die meisten Kriminaltaten sind zwischen 25 und 30 Jahre alt; ihre Kriminalität wird der mangelhaften Erziehung der Kinder während der Kriegsjahre zugeschrieben. Dem Kino wird von Sir Herbert Samuel im Gegensatz zu allgemein verbreiteten Ansichten ein günstiger Einfluß zugesprochen. Der Minister meint, daß Filme die Jugend zum Nachdenken anregen und daß ohne Kinos die Zahl der Verbrechensfälle größer sein würde.

### Hundertjahrfeier des Hambacher Festes

Neustadt a. d. S., 22. April. Die Vorbereitungen zur Jahrhundertfeier des Hambacher Festes sind in vollem Gange. Das schloß Pfalz von Großbitter Franz, das das Hambacher Schloß zeigt, aus dem der mächtige Reichsadler als Symbol der vor 100 Jahren aufgeklimmten Reichseinheit und kämpferischen Freiheit emporsteigt, bildet bereits in vielen Gegenden Deutschlands aus. Viele Nachkommen der Teilnehmer am Hambacher Fest 1832 werden der Jahrhundertfeier beiwohnen. Die Nachkommen des großen Führers von 1832, Dr. Johann Georg August Wirth, Anwalt Dr. Wirth und seine beiden Söhne, werden ebenfalls zum Feste kommen. Die Reichsbahn wird für den 28. Mai wahrscheinlich Fahrvergnügenswagen einräumen. Große Verbände haben bereits die Teilnahme von Abordnungen angefragt. Auch mit einer starken Teilnahme des Vereins Südwestdeutscher Zeitungserleger, der am 28. Mai in Neustadt a. d. S. tagen wird, ist zu rechnen.

### Verhollten

Der 31jährige Papagay-Kapitän Engler, der am 14. Oktober von Lissabon aus mit einem Kataloz auf Ozeanüberquerung startete, ist verstorben. Seit dem 20. November hat man nichts mehr von Engler gehört oder gesehen. Vermutlich fand er wie sein Vorgänger Komar, der in einen Tornado getrieben, den Tod in den Wellen.

### Arbeiterwohlfahrtsheim bei Köln niedergebrannt

### Eine Schürzenleistung

Köln, 25. April. (SP.) Am Montag ist in dem Vorort Zollhof in Köln das Jugendheim der Arbeiterwohlfahrt — eine große Baracke — bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das gesamte Inventar, wertvolle Bücher der Arbeiterjugend und des Touristenvereins Die Mannen, sowie andere Sachen wurden durch ein Feuer der Flammen. Das Feuer beruhte auf Brandstiftung. Wahrscheinlich sind Nationalsozialisten die Brandstifter.

## Sport

### Bezirksfest der Turner in Bruchsal

Die Zeit schreitet schnell. Nur noch 6 Wochen trennen uns von dem feierlich erwarteten Bezirksfesten der Turner, Spieler und Sportler am 4. und 5. Juni in Bruchsal. Die einzelnen Ausschüsse haben schon seit Monaten ihre Arbeiten aufgenommen, um durch gute Vorarbeit der Veranstaltung eine gelungene Basis zu schaffen und nicht zuletzt für ihre Wirkung nach innen und außen zu sorgen. Die Bezirksleitung selbst hat alle Hände voll zu tun, um all die einlaufenden Anfragen zu beantworten, das Fest technisch bis ins kleinste durchzuführen und alle Vorbereitungen für ein gutes Gelingen zu schaffen.

Dieser Tage ist an alle Vereine des 3. Bezirks ein Fragebogen über das Bezirksfest hinausgegangen, der bereits am 1. Mai in den Händen der Bezirksleitung sein muß, damit anhand der Teilnehmer- und Bekanntheitsmeldungen noch genauere Festlegungen getroffen werden können. In alle die es angeht, sei nachdrücklich die Bitte gerichtet, die Meldungen unersätzlich der Bezirksleitung zuzusenden, damit diese die weiteren Vorbereitungen aufnehmen kann.

Der örtliche Quartierauschuss ist ebenfalls gebildet und ist zurzeit dabei, die ersten Vorkehrungen für die Unterbringung aller auswärtigen Gäste zu treffen. Auch in bezug auf Verpflegung hat der Quartierauschuss eine überaus glückliche Lösung gefunden, die allen Sportlern gerecht wird. In Anbetracht der Kostlage ist auch auf die schlechte Finanzlage der Einzelnen gebührend Rücksicht genommen. Der Festbeitrag, für den der Teilnehmer eine ganze Anzahl Gemeinleistungen genießt, ist im Gegensatz zu bisher auf nur 20 Pfa. festgelegt worden. Einmalweilen heißt es für alle Turner und Sportler: Werbt für Euer Bezirksfesten in Bruchsal!

## Gemeindepolitik

### Kein Nazi-Bürgermeister in Oberweiler, dafür aber ein Sozialdemokrat

Oberweiler (Amt Rastatt), 25. April. Gestern wurde die von den Nationalsozialisten angelegte Bürgermeistereiwahl wiederholt. Die Wahl fiel erneut auf den Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokraten, Kallen in Gieseler, der 260 Stimmen erhielt, während auf keiner Gegenkandidaten Gustav Kappenberger (Nationalsozialist) 132 Stimmen entfielen.

## Karlsruher Umgebung

### Sagsfeld Gemeinderatsbericht vom 23. April

Erledigung findet die Vornahme einer dringlichen Schenkung. Als örtlicher Vertrauensmann zur Befähigung der Reklams wurde Karl Fr. Schmidt (Völkerverein) bestimmt. Die Förderung im letzten erwählten Reichstagswahlkreis beträgt ungefähr 600 M. Dem entgegen hat die Gemeinde über 800 M. auszugeben. Zur Reduzierung der Gemeindeforderungen wurde Rechtsanwalt Weger beauftragt. — Vergeben wurde an Karlsruher Rechtsanwalt ein Teil des Festplatzes für 200 M. — Ein wiederholt vorgeschlagener Antrag findet bei der Mehrheit keine Gegenliebe, es wurde nun zum drittenmal abgelehnt. — Zur Kenntnis gegeben wurden einige kleinere Verwaltungssachen, die rein informativischen Charakter tragen.

### Wasserstand des Rheins

Basel 31, aef. 21; Waldshut 231, aef. 14; Schaffhausen 87, aef. 19; Rehl 242, aef. 20; Maxau 402, aef. 9; Mannheim 264, aef. 5; Gaub 188, aef. 6 Zentimeter.







breit, und die Stierlichkeit, das Trüppelnde kam dann nicht recht zum Ausdruck.

Als Eingang des zweiten Teiles stieg ein flotter Marsch, der leider nicht allzuviel Melodie enthält. Mit ausgedehnter Aufstellung wurde „Mähdäner Kind“, ein Walzer, gespielt. Er ist ein dankbarer, melodischer Tanz. Ein Lob den Besetzungsmitgliedern. Die Überlegung war, sehr nett ausgearbeitet und die Besetzungen hoben das Delikat des Walzers. Die Letzteren verdienen an einigen Stellen ein bißchen mehr Reinheit, weil sie sonst ausgangs zu erstickten drohen. Farbenfroh — nett dargestellt war die Schmelde — Hana die Gantle. „Des lustigen Hammerhubs Töchterlein“. Der Abschlusmarsch „In den Alpen“ fiel auf so fruchtbaren Boden, daß er nochmals wiederholt werden mußte. Er war es auch wert, ein schneidiger, an Weiden strotzender Wandermarsch. Besonders Lob gebührt der Geige und Fiddle, die gegebenenfalls gemittelt unterhalten. Wader hielt sich die kleine Sitarerfamilie. — Der anschließende Ball ließ das Tanzbein schwingen.

### Die Frequenz der städtischen Bäder

Besucherzahl der städtischen Bäder im Monat März 1932 und Gesamtbesucherzahl im Rechnungsjahr 1931.

A. Hallenbäder

(Das Beiertheimer Bad ist seit 1. Oktober 1931 geschlossen.)

Bad	1931	1932	1930/31	1931/32
Schwimmbäder	25 239	21 333	306 768	291 935
Bannewälder	13 552	11 385	157 255	130 432
Kohlenbühnenbäder	332	238	3 575	3 916
Schaumbäder	67	36	643	561
Ancipollis	254	49	3 282	1 590
Farnaobäder	193	112	1 892	2 195
Dampfbäder	841	836	7 742	7 433
Elektr. Lichtbäder	1 048	891	8 967	8 931
Kurbäder	862	699	7 825	8 194
Brausebäder	329	—	7 359	2 894
<b>Gesamt</b>	<b>42 717</b>	<b>35 579</b>	<b>505 278</b>	<b>458 101</b>

B. Freibäder

Rheinstrandbad Koppenswört	247 318	183 235
Sonnenbad am Rheinhafen	29 701	19 130

### Die Polizei berichtet:

#### Zusammenstöße

Ein Zusammenstoß zwischen zwei Personkraftwagen erfolgte am Montag mittags Ecke Kaiser- und Serrentstraße. Der Führer des aus der Herrstraße in westlicher Richtung in die Kaiserstraße einbiegenden Kraftwagens verließ gegen die Vorfahrtsregeln, während der Führer des anderen Kraftfahrzeuges die allgemeine Sorgfaltspflicht außer Acht ließ.

Am Montag nachmittags erfolgte Ecke Karl-Friedrich-Straße und Strick ein Zusammenstoß zwischen einem Personkraftwagen und einem Kraftrad. Schuldig sind beide Führer, der Personkraftwagenführer, weil er falsch einbog, der Motorradfahrer, weil er die Vorfahrtsregeln nicht beachtete. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt.

Der Führer eines Kraftfahrzeuges fuhr am Montag vormittags in der Daxlerstraße wegen angeblichen Verstoßes der Lenkeinrichtung auf eine Straßentreppe auf, die stark beschädigt wurde. Das Kraftfahrzeug wurde von der Kraftfahrzeugabteilung abgeholt und wird einer technischen Prüfung unterzogen.

#### Einbruch

Eingebrochen wurde am 23. April in ein verlassenes Manufakturzimmer in einem Hause der Quillenstraße. Der Täter entwendete aus einer Kiste 13 M.

#### Freigegeben

wurde ein 26jähriges Dienstmädchen, weil sie in dringendem Verdacht steht, einen Diebstahl ausgeführt zu haben.

#### Zur Anzeige gelangten

zwei Personen wegen Uebertretens.

#### Gefahren

wurde am 25. April in den Abendstunden das in der Durlacher Allee aufgestellte Motorrad mit dem polizeilichen Kennzeichen IV B — 14228 (Marke Hercules).

(S.) **Schulnaehrigen.** Der Privatdozent an der Universität Greifswald, Dr. Bachmann, wurde mit Wirkung vom 1. Mai ds. Js. zum ordentlichen Professor der theoretischen Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt.

#### Lichtspielhäuser

##### Wendens-Lichtspiele

Dans Alders ist einer jener Filmmeister, die sich größter Popularität erfreuen. Wenn er sich den Neuerungen stets anpaßt wie Harry Veit, dann dürfte ihm wohl geliebtes, wie jenem, der Erfolg beschieden sein. Auch wenn er es gerade nicht auf nahezu 90 Filme bringt, so wird ihm sein Werk, das nur wenige Sterne ihr eigen nennen können, dabei zum Vorteil gereichen. Hauptächlich in dem Film „Der Elefant“ kommt das ihm anstehende Naturdramatikum, gemindert durch sein sonntages Wesen, als Gegenstück zu Raibe von Naggs Sinn und Weisheit angedeutet zum Ausdruck. Brauchwood in Form bekommt er auch diesmal wieder, was er will. Bemerkenswert bei dieser Jagd ist, daß das Spiel ein fängliches Auf und Ab anwies, das einen von einer Stimmung in die andere wirft, jedoch der Besondere immer feilschenden wird. Mit es doch auch die jagende Kraft eines R. Geymann, der schon so oft die Probe des Sonnens abgelegt hat. Fortritt, Spotteil und Hofion fliegen an unter der. Den allerdings etwas laßig ammutenden Hofion singt Domaral-Hofbaender. Keine letzte Aufgabe haben die Comedian Harmonists, die in ihrer Jagd mittereenden Musikalität viel Zeit an der bedauert haben, dem notwendigen Publikum der auf Tempo eingestellten Operette haben. Der musikalische Teil hat Stimmung und Schwingung. Die fortgesetzte dabin-schwebende Handlung mißfällt sich ab Schluß, ganz nach der Einstellung des heutigen Menschen. Wir können mit Genugtuung feststellen, ein Wert von Dans Alders, dem Glänzungen und Derganzungswinger, ein Film des Tempus, der gegenwärtigen Romanik und des Sports. Der Film der Moderne, hineingelegt in dieses Spiel!

Weiter läuft die immer aktuelle Wochenschau, ein Verzeichnis der allmöglichen Spiele, das neueste Ufa-Kabarett und nochmals der zweite Teil des Wochenspiels: Die Wochenschau. Wie man sieht, ein abwechslungsreiches Programm, das tatsächlich etwas wert ist.

### Küppurt

#### In eigener Sache

In Riesenlettern war im Führer, dem Draan für öffentliche Meinung, kürzlich mein Name angedruckt. Diese zweifelhafte Ehre kann allerdings in diesem Papier jedem, der im öffentlichen Leben steht, zuteil werden. Unter der Ueberschrift „Eigenartiger Terror, Herr Höhn“ wurde bekanntgegeben, daß ich im 73. Wahlbezirk Wahlvorsteher war und daß bei der Feststellung des Wahlergebnisses ich den anwesenden Stimmzettel abgeben sollte, während der Terror im Wahllokal. Das stimmt tatsächlich, wenn es auch der Artikelredakteur im Führer nicht gelten lassen will und vom Terror der Sozialdemokratie schwärzt, die Beamte entläßt, weil sie Stimmzettel und sonstigen Urkunden.

Der Sachverhalt ist der: Nach Wahlabschluß drängten sich zahlreiche Stimmzettel in das Wahllokal, stehend wie eine Mauer dicht am Tisch der Wahlkommission, die sortieren und aussäubern sollte, un-

terbielten sich lebhaft, waren ganz vom Siegestaumel erariffen; alle Ermahnungen zur Ruhe nutzten nichts, auch der Schutzmann, der sie etwas zurückdrängte, konnte nicht viel ausrichten. Wenn in dieser Situation einige Stimmzettel ohne jede Absicht verstreut gelangt wurden, wird das wohl jedem Mann beneidenswert finden. Der Fehler wäre beim genauen Nachprüfen auch ohne die Mitwirkung der Zuschauer, die dazu gar kein Recht haben, sicher entdeckt und berichtigt worden. Was von diesen Zuschauern geleistet wurde, war Terror! Das müßten doch wohl auch die Mitglieder der Hitlerpartei, die Herren Volksschullehrer Schäfer und der Volkbeamte Kesslner, zugeben. Alles in allem: Die Reinigung im öffentlichen Leben geschieht am besten, wenn man bei der Wahrheit bleibt, was in dem Artikel des Führer, wie oben ersichtlich, durchaus nicht der Fall war.

S. Höhn.

### Beiertheim

#### Sozialdemokratische Partei

Am Donnerstag, 23. April, abends 8.30 Uhr, findet im „Beiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung der Partei statt. Gen. Stug spricht über „Die letzten Wahlen und die neue Front“. Wir bitten unsere Mitglieder und die Freunde der Eisernen Front, sowie auch Volkswirtschaftler, um pünktliches Erscheinen.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Witterungscharakter hat sich noch nicht geändert. Westlich der britischen Inseln ist eine neue atlantische Zirkone erschienen, mit deren Einfluß wir morgen rechnen müssen.

Wetterausichten für Mittwoch, den 27. April 1932: Meist wollos, stellenweise leichter Regen, wieder etwas milder.

### Karlsruher Schwurgericht

Am Montag vormittags begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Böhringer die Verhandlung des Schwurgerichts Karlsruhe. Im ersten Falle war der 24jährige Fabrikarbeiter Anton Wader aus Lantenbach bei Gernsbach des Totschlagsverdachts und der erkrankten Körperverletzung angeklagt. Im Hintergrund spielte eine Eifersüchtelei, die ihn und wieder zu Tätlichkeiten zwischen dem Angeklagten und seinem Bruder führten. Auch am 20. November d. J. waren die beiden ins Landgemeine geraten, und als der Vater mit anderen Leuten den Streit schlichten wollte, holte Anton im Schlafzimmer seinen scharf geladenen Revolver und feuerte fünf Schüsse ab, durch die der eigene Vater und ein Bruder erheblich verletzt wurden. Der Angeklagte macht Notwehr geltend und bestritt die Tötungsabsicht. Er ist wegen unerlaubten Waffenraubs verurteilt.

Urteil: Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Angeklagte geistig behindert ist und im Affekt gehandelt hat, erkannte das Schwurgericht wegen gefährlicher Körperverletzung auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird voll angerechnet.

### Weineidsprozeß mit politischem Hintergrund

#### Untermenschengehung der Nazi

Im Karlsruhe, 25. April. Vor dem Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Böhringer) hatte sich heute der 20 Jahre alte Kaufmann Kurt Jakob Markewitz aus Kastatt wegen Meineids zu verantworten. Die von Erstem Staatsanwalt Dr. Weis vertretene Anklage laut dem Angeklagten, der sich seit 12. Januar d. J. in Untersuchungshaft befindet, er habe bei seiner Vernehmung als Zeuge in der Straffange wegen Körperverletzung gegen den 20 Jahre alten Bierbrauer Willi Wöhrer in Kastatt vor dem Schnellrichter in Kastatt am 5. Januar d. J. auf Vorhalt des Angeklagten Wöhrer und Befragen des Richters, der ihn über das Recht der Zeugnisverweigerung ausdrücklich belehrt, erklärt, er habe bei mit Wöhrer befreundeten, kaum 15 Jahre alten Margarete Deuschler nicht in jüdischer Weise „Hilfsmenschen“ nachgerufen, als er vor dem elterlichen Schubwagens stand, obwohl diese Aussage nach der Anklage der Wahrheit nicht entspreche.

Der Angeklagte, der in dem väterlichen Schubwagensgeschäft in Kastatt tätig ist, gibt heute an, er fühle sich unschuldig. Die Weiberruna „Hilfsmenschen“ habe er nicht gebraucht.

Der Angeklagte war am Abend des 3. Januar bei der Post in Kastatt von dem nationalsozialistischen Bierbrauer Wöhrer überfallen und niedergeschlagen worden, so daß er aus Mund und Nase blutete. Hiergegen erstattete er Anzeige. Wöhrer wurde vom Schnellrichter zu 4 Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung verurteilt. Am 9. Januar erging durch den Richter Karl Koppinger, den Ortsvorsitzenden der NSDAP, in Kastatt Anzeige gegen Markewitz wegen Meineids.

Wie der Angeklagte anzeigt, ist Wöhrer mortuos über Markewitz hergefallen, ohne ihn wegen der angeblichen Beleidigung des Mädchens — die der Grund zu dem Überfall sein sollte — zur Rede zu stellen. Der Angeklagte führt noch an, daß er und seine Familie des Herrens von nationalsozialistischer Seite beschimpft und belästigt wurden.

Als erster von 18 erschienenen Zeugen wurde der 20jährige Bierbrauer Willi Wöhrer aufgerufen. Er gibt u. a. an, die Deuschler habe ihm mitgeteilt, daß sie von Markewitz mit dem Ausdruck „Hilfsmenschen“ beleidigt worden sei. Das habe er für wahr gehalten und so ihr gesagt: „Dafür kriegt er“. Die übrigen Angaben des Zeugen sind sehr unbestimmt. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalts Weis, ob er sich an Schimpfereien und Schmierereien vor dem Markewitzischen Hause beteiligt habe, antwortet der Zeuge mit „Ja“. Auf eine weitere Frage, ob er getrobt habe, ein Plakat aus dem Schaufenster zu holen, verweigert er die Aussage. Der 20jährige Zeuge Hans Schäfer befindet, Markewitz habe unter der Bedenktheit lebend der Deuschler „Hilfsmenschen“ nachgerufen. Darüber, ob er des Angeklagten Bruder schon beschimpft habe, verweigert er das Zeugnis. Die 14 Jahre alte Margarete Deuschler, die unparteiisch vernommen wird, erklärt, Markewitz habe „Hilfsmenschen“ gesagt. Der Bruder des Angeklagten gibt Auskunft über die Beleidigung der Familie Markewitz durch Nationalsozialisten. Als seine Mutter schwer krank darniederlag, sei geklopft und geflucht worden, „ob die Hebesta schon verrotzt sei“. Der Verteidiger verweist darauf, daß bis zur Hauptverhandlung von dem Ausdruck „Hilfsmenschen“, der gefallen sein sollte, nichts bekannt war. Darauf will sich der Zeuge nicht genau bestimmen können. Kriminalbeamte befanden, daß die Familie Markewitz des Hiersen Beleidigungen ausgeföhrt war.

Erster Staatsanwalt Dr. Weis hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte zwei Jahre Zuchthaus, die nach § 157 in eine Gefängnisstrafe von einem Jahre umzuwandeln wären, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Angeklagte über den fraglichen Punkt die Aussage hätte verweigern dürfen.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Weis, beantragte Freisprechung. Auf die Aussagen des 14jährigen Mädchens und des Zeugen Schäfer könne man den Angeklagten nicht verurteilen. Im Zweifelsfalle müßte das Gericht zugunsten des Angeklagten entscheiden.

Das Schwurgericht sprach den Angeklagten Kurt Markewitz von der erhobenen Anklage des Meineids frei. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Das Schwurgericht konnte sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und zwar deshalb, weil nicht als nachgewiesen betrachtet wurde, daß der Ausdruck „Hilfsmenschen“ überhaupt von dem Angeklagten gebraucht worden ist. Es sprechen verschiedene Gründe dagegen, die für den Spruch des Gerichts bestimmend waren. Der Vorbefehl wurde aufgehoben und der Angeklagte auf freien Fuß gesetzt.

## Volkswirtschaft

### Arbeitsbeschaffung und Sparen.

Das Städtische Sparfassenamt Karlsruhe schreibt uns:

In den letzten Monaten sind verschiedene Pläne bekannt geworden, die den Regierungen und Behörden die Durchführung umfangreicher, neuer, wirtschaftlicher Arbeiten vorschlagen. Dabei ist im allgemeinen an den Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes, landwirtschaftliche Meliorationen, Ziedungsarbeiten und an ähnliche Aufgaben gedacht. Gelingt es, solche Arbeiten in großem Umfang durchzuführen, dann werden dadurch nicht nur neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen, sondern auch in anderen Teilen der Wirtschaft tritt eine Belebung ein, denn es werden Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe usw. gebraucht.

Das Kernproblem bei allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen ist die Finanzierung: die Arbeitskräfte müssen bezahlt werden, ebenso die Maschinen und anderen Hilfsmittel. Das erstrebte Ziel, die Arbeitslosigkeit merkbar zu verringern, kann nur erreicht werden, wenn die geplanten Arbeiten in großem Umfang vorgenommen werden können. Große Kapitalsummen sind also nötig.

Das Ansehen leidet selber unter großer Arbeitslosigkeit und Kapitalknappheit. Das benötigte Kapital können wir uns aber nur aus dem eigenen Lande beschaffen. Die Währung darf dabei auf keinen Fall angefaßt werden, darüber bescheidet der Reichsbank, Reichsregierung, Reichsbank, Gewerkschaften und Verbänden volle Einmütigkeit. Arbeitsbeschaffung kann und darf aber nur aus eigenen Kapitalmitteln vorgenommen werden. Auf die Sparart, auf alle, die heute noch etwas zurücklegen können und nicht weniger auf diejenigen, die das gebamterte Geld zur Rasse bringen, kommt es also an: Jede Mark, die eingezahlt wird, ist so viel echtes Kapital, das als Kredit an die Wirtschaft gehen und so der Arbeitsbeschaffung dienen kann.

## Jugend

### Groß-Karlsruhe

Dienstag: Gruppe D: Arbeitsgemeinschaft: „Der Sozialismus in der Geschichte.“ Gruppe Küppurt: Monatsversammlung. Lieberkiste mitbringen.

### Allerlei

Warum werden Gesicht und Hände bei Rötter blau? Die Rötter zieht die Arterien, welche das frische, rote Blut leiten, so zusammen, daß der rote Schimmer verschwindet, und dadurch ist den Venen, die das noch nicht durchs Herz gereinigte Blut weiterführen, Gelegenheit gegeben, sehr zum Vorschein zu treten und durch die Haut hindurch sichtbar zu sein.

Die kleinste photographische Kamera. Der Wunsch, das Innere des Menschen photographieren zu können, hat den Arzt Dr. Foleus in Chicago dazu gebracht, die kleinste photographische Kamera zu konstruieren, die es je gegeben hat. Der kleine Apparat ist am Schlauch einer Magenpumpe befestigt, und der Patient, dessen Magen photographiert werden soll, schluckt diesen Apparat zusammen mit dem Schlauch hinunter. Der Apparat besteht aus zwei Teilen, und zwar ist in dem einen eine kleine, aber sehr fräftige elektrische Lampe angebracht, die ein kaltes Licht von 12 000 Kerzen ausstrahlt, bei dem die photographische Aufnahme vor sich geht. Es können auf einmal bis zu acht Aufnahmen auf diese Weise gemacht werden. Die Bilder sind 1/4 Zentimeter hoch und breit und müssen natürlich vergrößert werden, ehe sie zu Studienzwecken benutzt werden können.

### Berliner Devisennotierungen (Mitteltkurs).

Währung	26. April		23. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amerikan . . . . .	100 M.	170.53	170.87	170.87
Italien . . . . .	100 L.	21.63	21.67	21.67
London . . . . .	1 £	16.66	16.70	16.70
Reichsmark . . . . .	1 Reichsmark	4.229	4.215	4.209
Paris . . . . .	100 Fr.	16.58	16.62	16.58
Braun . . . . .	100 Kr.	12.465	12.485	12.485
Schweden . . . . .	100 Kr.	81.67	81.83	81.70
Spanien . . . . .	100 Pes.	23.07	23.15	23.13
Stockholm . . . . .	100 Kr.	76.47	76.63	76.92
Wien . . . . .	100 Schill.	91.95	92.05	91.95

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

### Sozialdemokratische Bürgerauswahlfraction

Morgen Mittwoch, den 27. April, Besichtigung der Stadtrand-Hebung. Zusammenkunft 9.5 Uhr Endstation Beiertheim oder „Kübler Krug“. Die Führung hat Herr Bürgermeister Schneider übernommen. Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich an der Besichtigung zu beteiligen. Auch die Angehörigen, sowie sonstige parteigenössliche Interessenten sind freundlichst eingeladen.

### Beziel Küppurt

Eine wichtige Auswahlfraction findet am Dienstag, den 26. April, 20.30 Uhr, bei Gen. Höhn, Altemweg 21, statt. Vollzählig erscheinen.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsakten. 23. April: Emma Eberhard, 32 Jahre alt, Ehefrau von Emil Eberhard, Rangierer. Beerdigung am 26. April, 13.30 Uhr. Amalie Koeltz, 84 Jahre alt, Witwe von Wilhelm Koeltz, Kaufmann. Beerdigung am 26. April, 15.30 Uhr. Corie Duitzenhofer, 64 Jahre alt, Ehefrau von Johann Duitzenhofer, Kaufmann. Beerdigung am 26. April, 14 Uhr. Alfred, 1 Jahr, 1 Monat, 26 Tage alt, Vater Heinrich Roth, Rutscher. — 24. April: Marie Seeger, 69 Jahre alt, Witwe von Anton Seeger, Kaufmann. Beerdigung am 26. April, 15 Uhr. Oskar von Rufel, 60 Jahre alt, Kunstmaler, ledig. Beerdigung am 26. April, 10 Uhr. Christiane Brähler, 66 Jahre alt, Ehefrau von Jakob Brähler, Landwirt. Beerdigung am 26. April, 14.30 Uhr. Rudolf Fischer, 26 Jahre alt, Bautechniker, ledig. Beerdigung am 27. April, 14 Uhr. Wilhelm Bahm, 53 Jahre alt, Metzger, Ehemann (Wahlburg). — 25. April: Karl Brannath, 74 Jahre alt, Schreiner, Ehemann (Wahlburg). sJohann Reimold, 63 Jahre alt, Landwirt, Ehemann (Wahlburg). Rudolf Zentz, 16 Jahre alt, Communist. Feuerbestattung am 28. April, 11 Uhr.

### Veranstaltungen

Dienstag, den 26. April 1932:

- Badisches Landestheater: Der 18. Oktober. 20 Uhr.
- Badische Lichtspiele: Alpbach. 20.30 Uhr.
- Kammer-Lichtspiele: Stürme der Leidenschaft. For-Wochenchau. Aufbruch. Länderspiel Deutschland — Schweiz.
- Wendens-Lichtspiele: Der Elefant. Ufa-Wochenchau. Olympische Spiele.
- Ufa-Kabarett: Gesellschaft. Die Vollenbung.
- Schauburg: Bomben auf Monte Carlo. Welprogratium.
- Wendens: Ritas Arena: 15 Uhr letzte Vorstellung. Tierchau: Von morgens 9 Uhr an.

### Bei Schmihens ist was angekommen!

Ein prächtiger Junge, wirklich, den müßten Sie mal sehen! Aber Wäpfe braucht der kleine Mann, nicht zu glauben! Jeden Tag baumelt was anderes an der Leine. Die Mamma kann froh sein, immer ihr Perle zu haben. Demchen, Mädchen, Mädchen, Mädchen und alle Bettwäpfe, hat der Arzt gesagt, werden damit nicht nur blütenrein, sondern auch zuverlässig entfeimt.



